



Nr. 421 | 20.06.2022

Russland-Analysen

Regimedynamiken

■ ANALYSE Wladimir Putin – Führer, Diktator, Kriegsherr Benno Ennker (München)	2
■ UMFRAGEN Russland auf dem Weg zur Führerdiktatur	8
■ STATISTIK Erwähnungen der Wörter »Genozid«, »USA« und »NATO« im russischen Fernsehen 03.12.2021 – 13.03.2022	16
■ UMFRAGEN Russland auf dem Weg zur Führerdiktatur – 2	19
■ ANALYSE Krieg, Protest und Regimestabilität Jan Matti Dollbaum (Universität Bremen)	19
■ ANALYSE Die politische Ökonomie der Abfallwirtschaft in Russland Olga Masyutina und Ekaterina Paustyan (Universität Bremen)	23
■ DEKODER »Fast noch mehr von der Realität abgekoppelt als Putin selbst« Andrej Nekrassow (Moskau)	27
■ DEKODER Bystro #34: Können Sanktionen Putin stoppen? Janis Kluge (Berlin)	28
■ CHRONIK 23. – 29. Mai 2022	31

Wladimir Putin – Führer, Diktator, Kriegsherr

Benno Ennker (München)

DOI: 10.31205/RA.421.01

Zusammenfassung

Das »System Putin« hat sich zu einer Führerdiktatur entwickelt. Unter dieser politischen Herrschaft wirkt das Führerprinzip für den Präsidenten und gibt ihm oberste Befehlsgewalt auf allen politischen, rechtlichen und militärischen Gebieten ohne Kontrollinstanzen. In vielen ihrer Attribute scheinen die Führersysteme des zwanzigsten Jahrhunderts, die Diktaturen Hitlers, Francos, Mussolinis und Stalins, wieder auf. Wladimir Putin hat als Besonderheit seines Regimes die neu inszenierte »Symphonie« zwischen seinem Staat und der Russisch-Orthodoxen Kirche mit ihrer »imperialen Theologie« als politische Ressource vereinnahmt. Putins Führerdiktatur nähert sich mit umfassend werdender terroristischer Repression zunehmend einer totalitären Herrschaft an, deren Machtwahn ihr selbst zum Verhängnis werden kann.

Einleitung

Die Krise um die Ukraine, die sich bis zum Angriffskrieg Russlands entwickelte, hatte einen Regisseur: Wladimir Putin. Souverän, um seinen schon öffentlich – im Manifest über die »historische Einheit der Ukrainer und Russen« vom Sommer 2021 (<http://www.kremlin.ru/events/president/news/66181>) – erklärten Willen zur Vernichtung des ukrainischen Staates zu exekutieren; souveräner »Meister«, um die Figuren seines Drehbuchs ihre Rollen als »Scharfmacher« (Dmitrij Medwedew), als Außenminister (Sergej Lawrow), der die Diplomatie gänzlich zur Farce machte, spielen zu lassen. Er muss es als seinen Triumph empfunden haben, der Welt zu zeigen, dass er sich weder durch Angebote, durch Warnungen oder die in Aussicht gestellten »Kosten« von seiner Aggression abhalten ließ. Es hat sogar den Anschein, als gehe es ihm weniger um die Anerkennung von Russlands Größe als vielmehr die seiner eigenen »Größe« als Führer. Durch welche Bedingungen und welche Qualitäten erlangte er diesen Rang?

Bereitschaft zum Risiko hatte Putin als seine Charaktereigenschaft in einem Selbstporträt ganz am Anfang seiner Präsidentenkarriere herausgestellt. Das zeichnet die »großen Führer« des 20. Jahrhunderts aus, macht sie in entscheidenden Momenten aber zum »Spieler«, der alles auf eine Karte setzt. Auch diese Rolle demonstriert Putin. Dabei verfolgt er seine Politik mit größter Zielstrebigkeit. Er hat seit mindestens einem Jahr systematisch die Diplomatie in den Beziehungen zur Ukraine, zur EU und schließlich zu den USA ad absurdum geführt und zerstört. Ein Vierteljahr vor dem militärischen Großangriff begann er, die Brücken hinter sich abubrechen, indem er im Bewusstsein, die Ukraine als Geisel in seiner Faust zu haben, dem Westen Ultimaten stellte. »Größe« sollte sich darin zeigen, dass er »konsequent« handelt ohne Rücksicht auf Bedenken und Verluste.

Ist Putin hochintelligent oder wahnsinnig, fragt man sich verschiedentlich. Wahn im nicht-klinischen Sinne, Größenwahn muss man ihm auf jeden Fall zuschreiben. Ausschlaggebend ist, dass er mit einer radikalen Konsequenz, die jedem »gesunden Menschenverstand« widerspricht, eine Politik exekutiert, die nicht wahrscheinlich, nicht erwartbar war und ist. Unberechenbar zu sein ist sein Erfolgsrezept wie das seiner Vorgänger im Muster »großer Führer«: Er realisiert seine Politik »unter völliger Nichtachtung aller berechenbaren und äußeren Konsequenzen«, wie Hannah Arendt es über die totalitären Führer geschrieben hat. Das verbindet sich mit dem dreisten Lügen als System, das weiter über vereinzelte »fake news« hinausgeht. Er muss den Gesamtzusammenhang des Krieges gegen die Ukraine umlügen, um einen neuen Wirklichkeitszusammenhang zu bieten. So wird aus dem Eroberungskrieg gegen die Ukraine eine »Befreiungsmission«, die Russland mit seiner »militärischen Spezialoperation« zum Zweck der »Entnazifizierung« und »Entmilitarisierung« erfülle. Unberechenbarkeit, Lüge als System. Putin hat sich diese »Polittechnologien« der »großen Führer« des 20. Jahrhundert angeeignet.

Der unaufhaltsame Aufstieg des Wladimir Putin

Die brutale Bombardierung ukrainischer Städte erinnert uns daran, dass Putin – damals als Premierminister – erst durch Krieg, nämlich die brutale Führung des verbrecherischen zweiten Tschetschenien-Krieges ab August 1999, die unbarmherzige Bombardierung der Hauptstadt Grosnyj, »groß« wurde. Erst damit erlangte er die Statur des künftigen Präsidenten. Vorangegangen war allerdings, dass im Allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Niedergang Russlands Demokratie wie Liberalismus im Laufe der 1990er Jahre weitgehend ihre Anziehungskraft verloren hatten. Zugleich waren

alle Versuche, die überkommenen sowjetischen KGB-Strukturen einer demokratischen Reform zu unterziehen, gescheitert. Deren Umbenennung und Aufgliederung – mit dem FSB als der wichtigsten Nachfolgeorganisation – verdeckte nur, dass sie jeglicher ziviler Kontrolle enthoben blieben, wenn sie auch zunächst erhebliche Personalreduzierungen erlitten. Letzteres vermehrte nur das Heer jener »Offiziere der aktiven Reserve«, die in Politik, Wirtschaft und Verwaltung auf Führungsposten eine Rolle übernahmen und gleichzeitig ihren früheren Dienstherren verpflichtet blieben. Einer von ihnen war der ehemalige KGB-Oberst Wladimir Putin, der seinen Weg von der Position als Vize-Bürgermeister unter dem St. Petersburger Bürgermeister Anatolij Sobtschak (1992 – 1996) in die Präsidentenadministration (1996 – 1998) des ersten Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin nahm und bald Chef des Geheimdienstes FSB (1998 – 1999) wurde.

Putins Stunde der Machtübernahme – zunächst mit der Ernennung zum Premierminister (August 1999), dann im Amt des Präsidenten der Russländischen Föderation (seit Januar 2000) – schlug, als sich die politischen Eliten mit den tonangebenden Oligarchen einig wurden, ihre Macht im Staat und ihren Reichtum durch den Ruf nach den »Silowiki« (Repräsentanten der Militär- und Geheimdienste) zu retten. Nach dem finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch von 1998 hatte Präsident Boris Jelzin mit Ewgenij Primakow, Sergei Stepaschin und schließlich Wladimir Putin nur noch führende Leute aus den Geheimdiensten zu Premierministern ernannt.

Wladimir Putin wurde von seinen Förderern für manipulierbar gehalten und als Prätendent für die Präsidentschaft auserkoren. Solche Unterschätzung der Person durch die bisherigen Eliten ist mit den Aufstiegsbedingungen historischer Vorgänger als »großer Führer« wie Stalin und Hitler vergleichbar. Zudem glaubten viele, bei der von Putin verbreiteten Losung der »Diktatur des Gesetzes« ginge es »nur« um die Durchsetzung einer Politik von »Law and Order«. Es ging Putin aber um Diktatur im vollen Sinne, nicht um »Gesetze«, sondern um die absolute Vormacht des von ihm geführten und schließlich verkörperten Staates über das Individuum, die Menschenrechte und die Zivilgesellschaft.

Sehnsucht nach Ordnung und nach dem »Führer«

Diese Diktatur wurde in den 1990er Jahren lange in den Köpfen der Menschen vorbereitet. Es war der »Ruf nach dem Führer«, der schon der Errichtung von Führer-Regimen des 20. Jahrhunderts regelmäßig vorausging, eine medial erzeugte gesellschaftliche Stimmung, die auch schon die Machtergreifung von Lenin, Stalin, Mussolini, Hitler oder auch Franco begünstigte. Seit

dem Auflösungsprozess der Sowjetunion ist dieser Ruf nach dem Führer in Russland recht genau in empirischen Umfragen gemessen worden (siehe Grafik 1 auf S. 8). Bereits seit Mitte der 1990er Jahre wünschten sich mehr als 60 Prozent – und seit der Jahrtausendwende um die 70 Prozent – der Bevölkerung eine Führung mit »starker Hand«.

Die Sehnsucht nach Ordnung – auch um den Preis von Demokratie und Menschenrechten – ist ein verbreitetes Phänomen der politischen Kulturen postsowjetischer Gesellschaften. Auf dieser Basis kann Putin als Führerfigur seit Jahrzehnten in der Bevölkerung mit Zustimmungswerten von mindestens 60 bis 80 Prozent der Befragten rechnen (s. Grafik 2 und Tabelle 1 auf S. 8–11). Andererseits herrscht ebenso lange bei der Frage, wessen Interessen er als Präsident vertrete, die Auffassung, dass es vor allem die Interessen der Militär- und Geheimdienste sowie der Oligarchen sind, die vom Präsidenten vertreten werden; die der Mittelklasse und der »einfachen Leute«, der Arbeiter und Angestellten rangieren dagegen nach diesen Meinungsumfragen auf den hinteren Plätzen. Dies ist das Herrscherbild, das kontinuierlich Bestand hat (s. Grafik 3 und Tabelle 2 auf S. 12/13). Somit gärt in der Bevölkerung trotz der Popularität Putins die Überzeugung, von fremden Interessen beherrscht zu werden.

Das Paradox löst sich, wenn man fragt, welche Verdienste Putin am höchsten angerechnet werden: Fast durchgängig haben repräsentativ Befragte hierbei vor allem auf die »Herstellung von Ordnung« hingewiesen. Beobachter sprachen von einem unausgesprochenen »Gesellschaftsvertrag«: Der Kreml sorgte für Stabilität, dafür mischte sich die Gesellschaft nicht in die Politik ein – ein Kompromiss also, mit dem man bei klarem Bewusstsein darüber, wessen Interessen Putin vertrat, diesem doch die größte Zustimmung als Präsident gab. Aber den Hauptantrieb bilden die Erfahrung von Chaos und Krise des Landes in den 1990er Jahren, die als Trauma immer neu aktiviert wird, die »charismatische Situation« (M. Rainer Lepsius). Diese ist der fruchtbare Boden, auf dem die Sehnsucht nach dem Führer und nach Ordnung erwuchs – ganz nach dem historischen Muster der Karrieren von Hitler, Franco, Mussolini, Lenin und Stalin.

Glaube an die Legitimität des »nationalen Führers«

Eine der wichtigsten sozio-kulturellen Voraussetzungen für die historische Ausbreitung des Führerkults und seiner Regime im 20. Jahrhundert ist die Revolutionierung der Massenkommunikation. Das heutige Putin-Regime kombiniert alle bewährten medialen Techniken. Für das postsowjetische Russland hat dabei das Fernsehen noch bis heute eine ausschlaggebende Bedeutung. Deswegen

sorgte Präsident Putin gleich nach seinem Machtantritt im Jahr 2000 dafür, dass die öffentlichen TV-Kanäle unter staatliche Kontrolle gestellt wurden. Zentral für die Informationsbeeinflussung des Publikums wurde nun die Selbstdarstellung Putins als Herrscher in den weiten, golden glänzenden Räumen des Kreml-Palastes, umkränzt mit den hoheitlichen Emblemen und Ritualen des Zaren-Imperiums.

Im autoritären Regime Putins wird seit mehr als einem Jahrzehnt versucht, Legitimität mit Hilfe von demokratisch verbrämten Institutionen, Wahlmanipulation und verdecktem Zwang zu erreichen. Da diese Institutionen – von Wahlen bis zu Parlamenten und Regierung – sämtlich wenig eigene Legitimität in der Bevölkerung besitzen, ist der politische Prozess auf die gänzliche Personalisierung öffentlicher Angelegenheiten im Präsidenten ausgerichtet: Nur über »Zustimmungsraten«, nicht die Präsidentenwahlen, ist die Unterstützung in der Bevölkerung für das Regime zu maximieren. Abgelesen und gewährleistet wird sie in den Monat für Monat fixierten empirischen Umfragewerte für den »nationalen Führer«. Ein ganzes Heer von sogenannten Polit-Technologen arbeitet im Kreml oder in dessen Auftrag mit modernen sozialwissenschaftlichen Methoden, um die »Stimmung im Volk« zu manipulieren. Insofern hat Putins Führer-Regime des 21. Jahrhunderts die neuesten politischen Technologien für sich nutzbar gemacht, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Meinungsforschung zur »hegemonialen Diskursform der Öffentlichkeit« aufwerteten. Die mangelnde Legitimität der Institutionen verlangt umso mehr, dass die Zustimmungsraten für den Präsidenten auf überdimensionalem Niveau gehalten werden. Eben dies macht in autoritären Regimen, die sich auf »demokratische Legitimität« berufen, die Qualität des »Führers« aus. Der Ausschluss jeglicher politischer Alternative ist das Grundprinzip und die politische Methode auch des »Systems Putin«. Es reagiert mit äußerster Härte, gewaltsamer Unterdrückung und Eliminierung, sobald sich eine solche Alternative – wie in den oppositionellen Straßen-Demonstrationen vom Winter 2011/2012 oder in der Person des angesehenen und erfahrenen Demokraten Boris Nemzow, der im Jahr 2015 in Kremlnähe ermordet wurde – auch nur am Horizont zeigt.

Autoritäre und totalitäre Führer leben von einem ständig propagierten konstitutiven Feindbild. Hiernach ist das Land von einer »Welt von Feinden« umringt. Diese Sicht, die stalinistische Tradition hat, verbreitet Putin bald nach den Anfangsjahren seiner Präsidentschaft immer schriller und in den krudesten Zusammenhängen. Besonders seitdem das »System Putin« im Winter 2011/12 durch landesweite Demonstrationen in die Defensive geriet, wurde das Konzept des Feindbildes aktualisiert: Zum einen ist es in der repressiven Gesetz-

gebung über die Registrierung und das Verbot »ausländischer Agenten« seit 2012 verkörpert, und zum anderen durch die propagandistische Befeuerung der Konfrontationspolitik mit dem Westen. Davon war Putins Präsidentenwahlkampf seit Anfang 2012 bestimmt, ebenso wie seine ersten programmatischen Ukase zur Außenpolitik. Binnen weniger Monate wurde diese Konfrontationspolitik in umfassender Weise mit dem Projekt ideologisiert, Russland eine einzigartige kulturelle Identität durch »konservative Werte« zuzuschreiben, polemisch abgesetzt gegen die nach einem älteren Stereotyp ausgefallene »Dekadenz«, die der Westen repräsentiere.

Aber erst Monate später wirkte die Konfrontationspolitik zugunsten von Putins »Legitimitätshaushalt« schlagartig, als infolge der Majdan-Revolution in Kyjiw und der daraufhin anschwellenden Hetze aller russischen Staatsmedien, diese Kehrtwendung als bedrohliches Machwerk des Westens gegen Russland hingestellt wurde. Die Mentalität der »belagerten Festung« – aus der langen Periode der kommunistischen Herrschaft überliefert – stellt ein festes Massenvorurteil dar, das dieses Regime immer wieder propagandistisch auszubeuten versteht. Ebenso wurde mit der »Wiedergewinnung der Krim als historischem Bodens Russlands« offiziell jener »Irredentismus« vitalisiert, mit dem national-imperialistische Politikern seit der Auflösung der Sowjetunion die Zusammenführung der im »Nahen Ausland« befindlichen Russen und schließlich der postsowjetischen Staaten selbst in einem großen Imperium propagiert hatten. Wenn der Präsident am 25. April 2005 vor der Staatsduma formulierte, der Fall der Sowjetunion sei »die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts« gewesen, so war dies die deutliche Ankündigung des außenpolitischen Revisionismus, den er wenige Jahre darauf mit dem Einmarsch in Georgien 2008 und der Krim-Annexion 2014 umzusetzen begann.

Ein Führer mit »historischer Mission«?

Wieweit solche Ideologeme wie das der »konservativen« Identität Russland für sich genommen dauerhaft wirken, ist fraglich. Selbst das gegen den Westen gerichtete Feind-Stereotyp hat laut empirischen Umfragen (Lewada-Zentrum) seit 2019 bis Ende letzten Jahres keine Mehrheit mehr überzeugen können (siehe Grafik 4 und Tabelle 3 auf S. 13–15). Tiefer gehende Wirkung für die Bindung der Bevölkerung an den expansionistischen Staat Putins dürfte dagegen die religiös unterlegte Ideologie des neuen Imperialismus haben, wie sie von der Führung der Russisch-Orthodoxen Kirche vertreten wird: Kirill, Patriarch von Moskau und ganz Russland sowie andere russische Geistliche, propagieren einen Reichsgedanken, mit dem die Ukraine neben Belarus als Teil der von ihnen propagierten »Russischen Welt« (Russkij Mir) bestimmt werden. Wenn

Kirill anlässlich der Amtseinführung des Präsidenten 2012 Gott zur Quelle von dessen Macht erhob und Putin selbst sich zudem auf die gleich lautende Welt-sicht des 2008 verstorbenen Alexander Solshenizyn als ihren »Propheten« berufen kann, so verfügt dieser über eine ideale Symbiose einer »imperialen Theologie« mit der Heiligung seines Führerregimes. Allerdings ist die innere Bindung Putins an diese Ideen wie auch das slawophile Geschichtsbild nicht zu überschätzen. Für ihn scheinen sie eher taktisch eingesetzte Surrogate in einer sonst entleerten Welt nach der »geopolitischen Katastrophe« zu sein.

Zum Führer und zum Führerkult zählt, wie das 20. Jahrhundert gezeigt hat, die »Historische Tat« des Führers als »Wendepunkte der Geschichte«. Noch vor der Krim-Annexion hatte sich Putin von imperialistischen Nationalisten als Führer und künftiger »Sammler der russischen Erde« (Russland, Belarus und Ukraine) feiern lassen (<https://zatulin.ru/chto-by-pravilno-zadat-vopros-nado-znat-bolshuyu-chast-otveta/>). Aus Anlass der »Siegesfeier« auf der Krim wollte ihn der (kürzlich verstorbene) rechtsradikale und antisemitische Parlamentarier Wladimir Shirinowskij vorlaut zum »Imperator« ausrufen. Belarus ist seit mehr als einem Jahr definitiv in Putins Herrschaftsorbit. Unter dessen Oberhoheit flüchtete sich der Diktator Aljaksandr Lukaschenka, um die demütige Position des Vasallen einzunehmen und mit Beginn des Ukraine-Krieges dem Aggressor die Souveränität seines Landes (Neutralität und atomwaffenfreie Zone) als Tribut zu entrichten. Mit der Eroberung und Unterwerfung der Ukraine – wie terroristisch auch immer – will Putin endlich die »Historische Tat« vollbringen, derer jeder große Führer bedarf, und mit der er die imperiale Nation »erlöst«: durch Rückführung der Ukraine in den Reichsverband zusammen mit Belarus, in welcher Form auch immer. Dass der Expansionsdrang des Imperiums an den Grenzen seiner einstigen »Größe« nicht Halt machen, sondern nach Hegemonie über den gesamten postsowjetischen Raum, Europa und Eurasien streben wird, stellte am 5. April der schon erwähnte Dmitrij Medwedew außer jeden Zweifel: Der Ukraine-Krieg solle vor allem »die Möglichkeit (schaffen), endlich ein offenes Eurasien aufzubauen – von Lissabon bis Wladiwostok« (https://t.me/medvedev_telegram/34). Unter der expansionistischen Ägide der heutigen »Geopolitik« Putins dürfte mit Letzterem kaum jene Fiktion einer Freihandelszone gemeint sein, die dieser 2010 in die Welt setzte.

Wladimir Putin – Diktator und Kriegsherr in der Hybris seiner Macht

Dass die Konturen von Putins Spitzenelite unscharf sind und sich nicht nach Verfassungsinstitutionen bemes-sen, gehört zur informellen Herrschaftsweise des per-

sonalisierten Regimes. An der »Krim«-Entscheidung des Jahres 2014 waren z. B. nur vier bis fünf Vertraute beteiligt, wie Putin ein Jahr nach dem Ereignis noch in der Euphorie des Eroberers verkündete. Bereits damals spielten wirtschaftliche Risikoabwägungen keine Rolle. Der Kreis um den Führer, bestehend aus wenigen Männern »mit Einfluss«, ist schon seit Jahren auf ein paar Wenige zusammengeschmolzen, und darin haben die Repräsentanten der Sicherheitsstrukturen (Militär und Geheimdienst) schon länger das Übergewicht. Darin sind sich die bekannten russischen Politologen Nikolaj Petrow (<https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2019/08/21/809260-transformatsiya-eliti>), Kirill Rogow (<https://liberal.ru/lm-ekspertiza/vremya-yanychar-izolyacziya-kak-strategiya>) und Tatjana Stanowaja (<https://www.institutmontaigne.org/node/8418>) in ihren Eliten-Analysen weitgehend einig. Die Auswahl seiner »Vertrauten« ist jetzt auf ein solches Minimum reduziert, dass sie kaum mehr sichtbar sind. Als Entscheidungsträger für den Krieg gegen die Ukraine stehe er allein da, sagte Sabine Fischer, eine Russland-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik, kürzlich (<https://www.spiegel.de/ausland/podcast-wer-hat-noch-einfluss-auf-wladimir-putin-a-286b7806-7d86-4aa6-a15e-360dcb984c58>). Was gilt schon jene Aufsehen erregende Sitzung des russischen Sicherheitsrates vom 21. Februar 2022: Hinter der Zustimmung dieses Gremiums zur Anerkennung der separatistischen »Volksrepubliken« von Luhansk und Donezk stand in Wirklichkeit der längst gefasste hoheitliche Beschluss zum umfassenden Krieg gegen die Ukraine. Das Eine war es, das Gremium kollektiv in das Verbrechen des Angriffskrieges einzubinden. Zum anderen demonstrierte Wladimir Putin vor aller Welt seine Oberhoheit als »Führer« gegenüber seinen verunsicherten, vor der Kamera gegängelten nächsten Spitzenleuten. Dass er dem kurz darauf seine eigene öffentliche Kriegserklärung nachschickte, war nicht nur Formsache. Nach machtvollkommener Willkür deutete er das Ziel der Aggression um: Nicht die NATO-Eindämmung, sondern die gewaltsame Unterwerfung der Ukraine und ein Regimewechsel in Kyjiw, getarnt mit den verlogenen Begriffen »Entmilitarisierung« und »Entnazifizierung« sowie Verteidigung der Russen gegen einen herbeiphantasierten »Genozid« durch die Ukrainer ist das Ziel. Letzterer war erst kurz vor seinem Angriffsbefehl auf die öffentliche Agenda gesetzt worden. Es ist die Parole, unter der imperialistische Ideologen seit den neunziger Jahren zum »Schutz« der Russen im »Nahen Ausland« aufgerufen haben (siehe Grafiken 5a, 5b, 6a, 6b, 7a und 7b auf S. 16–18).

Putin mag hoffen, damit einen erneuten vertikalen Aufstieg seiner Führer-Popularität zu erringen, wie dies mit der sogenannten »Krim-Euphorie« zwischen

2014 und 2017 gelang. Eine solche Wiederholung dürfte kaum nachhaltig sein: In der Bevölkerungsstimmung ist bis Ende letzten Jahres keine dominierende Gegnerschaft gegen den Westen und keine Kriegsbereitschaft, sondern eher Kriegsangst gemessen worden. In welchem Maße die Popularität Putins zusammengeschmolzen war, lässt sich an den Antworten auf die Frage ablesen, ob man Wladimir Putin auch nach 2024 auf dem Posten des Präsidenten sehen möchte: Seit 2020 bis einschließlich September 2021 befürworteten dies im Schnitt gerade noch 47 Prozent, während sich 42 Prozent dagegen aussprechen. Um seine Mehrheit steht es so schlecht aus wie ehemals 2012/2013 (siehe Grafik 8 auf S. 19). Die im Mai 2022 erneute gleiche Umfrage zeitigt allerdings das kriegsbedingte euphorische Ergebnis.

In den zurückliegenden Jahren wurde die russische Zivilgesellschaft durch das Regime mit Verfolgung, Verboten und Attentaten weitgehend zunichte gemacht: 74 Nichtregierungsorganisationen stehen derzeit auf der Liste der »ausländischen Agenten« (<http://unro.minjust.ru/NKOForeignAgent.aspx>). Von den über 200 NROs, die seit 2013 in das Verzeichnis der »ausländischen Agenten« aufgenommen worden waren, sind Dutzende bereits aufgelöst, der Druck auf die restlichen wird stetig größer. Öffentliche Demonstrationen gegen den Krieg werden generell verboten und ihre Teilnehmer zu Tausenden verhaftet. Wie schon bei den Nawalnyj-Demonstrationen des letzten Jahres wird auch in diesen Wochen deutlich, dass der Führer Russlands die jüngere Generation zum großen Teil bereits verloren hat. Die prominentesten Oppositionspolitiker wurden mit verbrecherischer Skrupellosigkeit verfolgt, ermordet wie Boris Nemzow 2015, oder wie Alexej Nawalnyj – eben noch einem Giftanschlag entkommen – 2021 ins Lager verbannt. Verfolgt werden regierungskritische Journalisten schon lange, besonders solche der Ende März 2022 geschlossenen Zeitung »Nowaja Gaset«. Die gegenwärtig gesteigerte Repressions-Maschinerie, die Schließung der letzten unabhängigen Medien, der Erlass immer neuer Gesetze, mit denen willkürlich oppositionelle oder auch nur kritische Meinungen und Handlungen gegenüber dem Staat und besonders der Armee strafrechtlich verfolgt werden, die immer strenger werdende Zensur – dies alles lässt das Land auf eine veritable Führer-Diktatur totalitärer Art zusteuern. Lehrer und Schüler sowie Eltern werden in gesonderten Kursen indoktriniert, um die lügnerische Sprache des Regimes zu übernehmen, in der sein Krieg gegen die Ukraine als »militärische Sonderoperation« zwecks »Entnazifizierung« zu verstehen ist.

Die früher benutzten Begriffe der Regimeklassifizierung »defekte Demokratie«, »gelenkte Demokratie« oder »hybrides Regime« erscheinen längst veraltet. Der von vielen Intellektuellen bei Putins Machtübernahme befürchtete Übergang zum Autoritarismus

begann bereits seit den ersten Jahren mit der Einrichtung des strikten Zentralismus (»Machtvertikale«), also der Abschaffung des Föderalismus in einem Prozess sukzessiver Entmachtung der föderalen Institutionen zugunsten der Präsidentialadministration sowie der Personalisierung der politischen Macht auf Wladimir Putin. Die Unterwerfung der wichtigsten gesellschaftlichen Machtpotentiale erfolgte gleichzeitig unter dem Signum des »Kampfes gegen die Oligarchen« und der Unterstellung des öffentlichen Fernsehens unter die Staatskontrolle und bald auch der wesentlichen Wirtschaftskonzerne unter Staatskontrolle durch Delegierung der Repräsentanten der Sicherheitsdienste in ihre Leitungen, wodurch die Wirtschaftselite konsequent ausgetauscht wurde. Die ständige Manipulation von Wahlen und die Einschränkung der parlamentarischen Repräsentation auf sogenannte »System-Parteien« wurden bis etwa 2012 perfektioniert. Zu diesem Zeitpunkt erklärte Putin seine Loslösung von den postsowjetischen Versprechen einer Entwicklung zu Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft: »Wir haben nun die postsowjetische Periode abgeschlossen. Ein neues Entwicklungsstadium Russlands steht vor uns.« (http://sputniknews.com/voiceofrussia/2012_04_14/71750194/?print=1). So bereiteten seit Beginn seiner dritten Präsidentschaft konsequente Maßnahmen auf mehreren Ebenen den Weg zur Errichtung der Führerdiktatur: die Vereinheitlichung der politischen Elite (»Nationalisierung der Eliten«), die Bildung der riesigen Prätorianergarde des Präsidenten (Nationalgarde) im Jahr 2016, die großdimensionale Militarisierung von Staat und Gesellschaft, die immer umfassender werdende Repressionspolitik gegen die Zivilgesellschaft, schließlich die zunehmende Beherrschung der sozialen Medien und die Zensur sowie die auf die fortgesetzte Präsidentschaft Putins zugeschnittenen Verfassungsänderungen. Es könnte sein, dass die historische Empirie dieses neuen Systems die politologischen Modelle des Totalitarismus (von Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski sowie anderen Autoren) neu herausfordert.

Ausblick

Wenn die freie Kommunikation einer Gesellschaft derart zerstört worden ist, dass die Menschen keine Möglichkeit mehr haben, sich zu verständigen, wenn der Terror zur Verhinderung jeglicher selbständiger sozialer Handlung schließlich allgemein wird, kann man von einer sich anbahnenden »totalitären Herrschaft« sprechen (Hannah Arendt). Die entscheidenden Schritte in diese Richtung werden jetzt gegangen. Mit Putins pogromartigen Aufrufen gegen »Nationalverräter«, die »Fünfte Kolonne«, hat er die Perspektive auf ein Mobilisierungsregime eröffnet, dessen Führer nun als Kriegsherr seine Legitimität in immer neuen Siegen suchen

muss. Bar aller Korrektive scheint seine Hybris auch im Äußeren keine Grenzen mehr zu kennen. Seine Drohung mit dem Atomkrieg gegen jeden, der sich ihm in den Weg stellt und der Kriegsterror, mit dem er die ukrainische Bevölkerung überzieht, hat ihn aus dem menschlich-zivilisatorischen Zusammenhang geworfen. Die Brutalitäten und Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung werden unterdessen in offiziellen Medien als notwendige »Umerziehung« des ukrainischen Volkes und »unvermeidlichen Härten eines gerechten Krieges gegen das Nazisystem« legitimiert (<https://ria.ru/20220403/ukraina-1781469605.html>). »Die Einsätze der russischen Elite sind hoch. Für sie ist es ein existenzieller Krieg«, erklärte vor einigen Wochen der langjährige

Berater des Präsidenten und graue Eminenz unter den Außenpolitik-Experten des Landes Sergei Karaganow im Interview (<https://www.newstatesman.com/world/europe/ukraine/2022/04/russia-cannot-afford-to-lose-so-we-need-a-kind-of-a-victory-sergey-karaganov-on-what-putin-wants>). Existenzgefährdend wäre gewiss für Putin und seine Diktatur ein Scheitern in der Ukraine. Es wird sich zeigen, ob die selbst gewählte solitäre Position als Diktator, die Leere und der tausendfache Tod, die er um sich verbreitet, von dem Land mitgetragen wird, von dessen Eliten er weiter geduldet wird, denen er zumutet, den völligen Niedergang sowie weltweite Isolation und Ächtung mit ihm zu teilen.

Über den Autor

Dr. Benno Ennker war Mitarbeiter am Institut für osteuropäische Geschichte und Landeskunde, Universität Tübingen und Dozent für Kultur- und Sozialgeschichte Russlands an der Universität St. Gallen, Schweiz. Historische Forschungen zum Lenin- und zum Stalinkult sowie zur Stalinistischen Staatsbildung, Stalin-Verfassung und »Sowjetvolk«. Letzte Publikationen zum Thema: Russlands außenpolitische Wende. Innere Voraussetzungen 2011–2013. In: Osteuropa 9/10 (2017), S. 89–108; Russische nationale Identität und imperiale Ambition als Elemente postsowjetischer Außenpolitik. In: Bianka Pietrow-Ennker (Hg.): Nationsbildung und Außenpolitik im Osten Europas. Nationsbildungsprozesse, Konstruktionen nationaler Identität und außenpolitische Positionierungen im 20. und 21. Jahrhundert. Osnabrück 2022 (im Erscheinen).

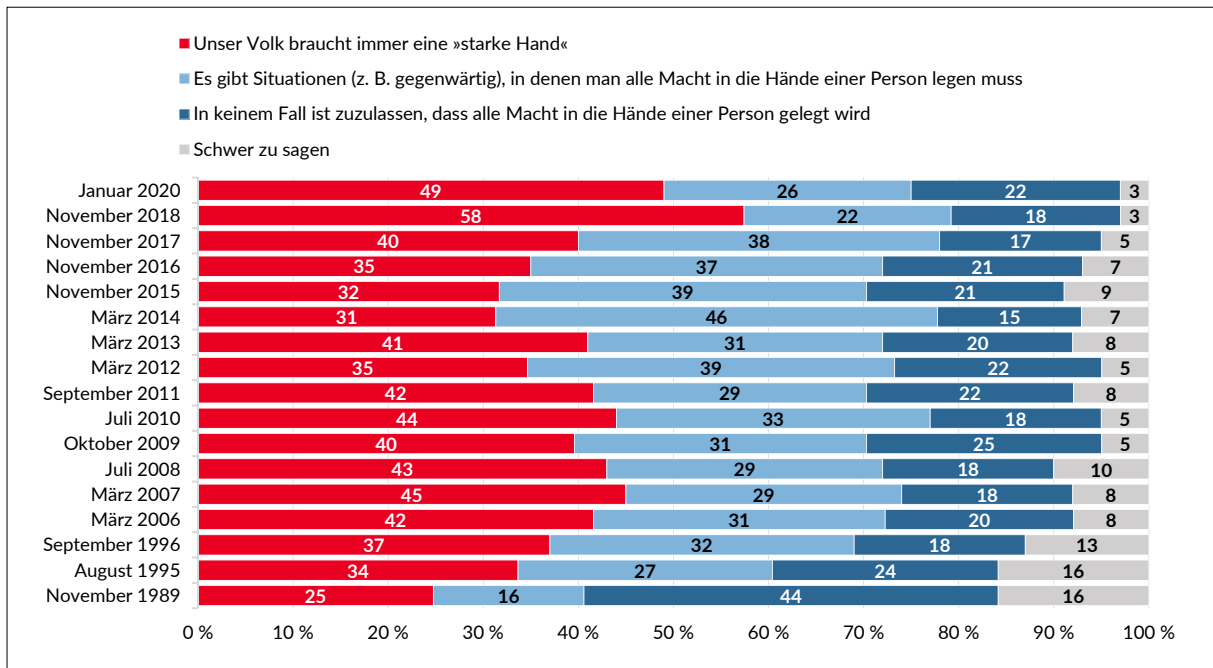
Lesetipps

- Chiozza, Giacomo und Stoyanov, Dragomir: The Myth of the Strong Leader in Russian Public Opinion. In: Problems of Post-Communism, Band 65, Nr. 6 (2017), S. 419–433.
- Ennker, Benno: Die Anfänge des Leninkults in der Sowjetunion. In: Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Band 22 (1997). Köln, Wien.
- Ennker, Benno: Der Führer im Europa des 20. Jahrhunderts – eine Synthese. In: Ennker, Benno und Hein-Kircher, Heidi (Hg.): Der Führer im Europa des 20. Jahrhunderts. Forschungen zu Kult und Herrschaft der Führer-Regime in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Analysen, Konzepte und Vergleiche (2010), Marburg, S. 347–378.
- Schneider, Irmela: Tele-Dialog und das Stimmrecht des Mediennutzers. In: Schneider, Irmela und Eppinger-Jäger, Cornelia (Hg.): Formationen der Mediennutzung III: Dispositive Ordnungen im Umbau (2015), Bielefeld, S. 147–169.
- Brown, Archie: The Myth of the Strong Leader: Political Leadership in the Modern Age (2014).
- Fischer, Sabine: Russland auf dem Weg in die Diktatur. In: SWP-Aktuell, Nr. 31 (2022), Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A31_Russland_Diktatur.pdf
- García Doell, David Ernesto: Moscow sociologist Greg Yudin on Putin's unleashed power apparatus and the political motives behind the attack on Ukraine. In: Analyse und Kritik (1.4.2022). <https://www.akweb.de/politik/putin-war-in-ukraine-a-fascist-regime-looms-in-russia/>
- Goode, Paul: How Russian Television Prepared the Public for War. In: PONARS Eurasia Policy Memo No. 761 (2022). <https://www.ponarseurasia.org/how-russian-television-prepared-the-public-for-war>
- Lepsius, M. Rainer: Das Modell der charismatischen Herrschaft und die Anwendbarkeit auf den »Führerstaat« Adolf Hitlers. In: Lepsius, M. Rainer: Demokratie in Deutschland (1993), Göttingen, S. 95–118.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (1986), München.

UMFRAGEN

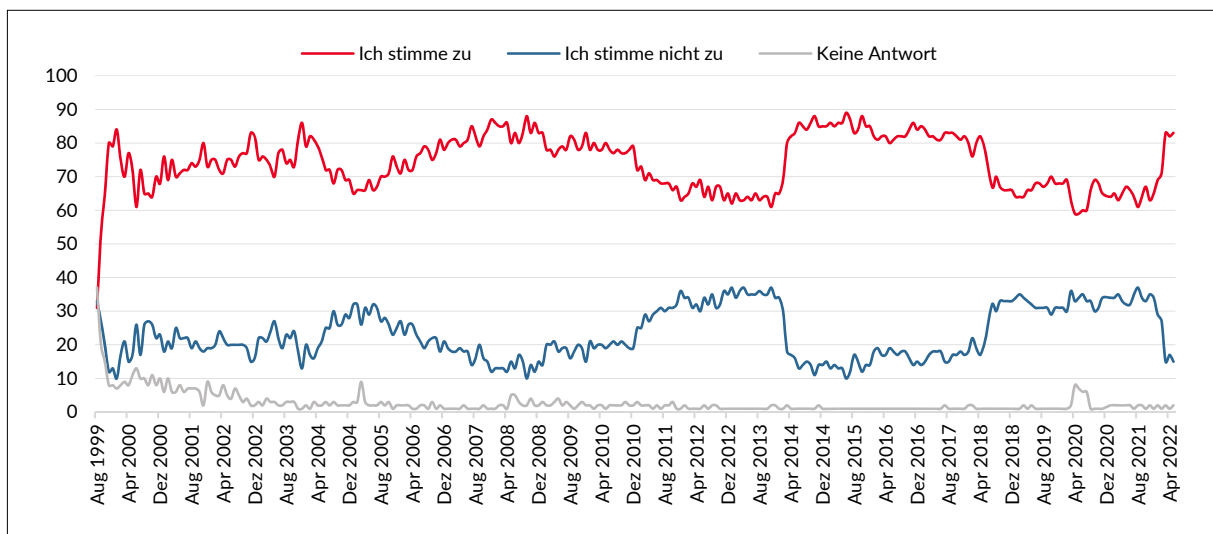
Russland auf dem Weg zur Führerdiktatur

Grafik 1: Gibt es nach Ihrer Meinung im Dasein des Landes Situationen, in denen das Volk einen starken, mächtigen Führer, eine »starke Hand« braucht? (in %)



Quelle: Gosudarstvennyj paternalism (Staatspaternalismus), Lewada-Zentrum, 25.02.2020, <https://www.levada.ru/2020/02/25/gosudarstvennyj-paternalizm/>.

Grafik 2: Stimmen Sie insgesamt der Tätigkeit von Wladimir Putin als Präsident (bzw. Premierminister) von Russland zu? (August 1999 – Mai 2022, in %)



Quelle: Odobrenie dejatelnosti Wladimira Putina (Zustimmung zur Tätigkeit von Wladimir Putin), Mai 2022, <https://www.levada.ru/indikatory/odobrenie-organov-vlasti/>.

Tabelle 1: Stimmen Sie insgesamt der Tätigkeit von Wladimir Putin als Präsident (bzw. Premierminister) von Russland zu? (August 1999 – Mai 2022, in %)

	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Keine Antwort
Aug. 1999	31	33	37
Sep. 1999	53	27	20
Okt. 1999	65	20	15
Nov. 1999	80	12	8
Dez. 1999	79	13	8
Jan. 2000	84	10	7
Feb. 2000	75	17	8
Mrz. 2000	70	21	9
Apr. 2000	77	15	8
Mai 2000	72	17	11
Jun. 2000	61	26	13
Jul. 2000	72	17	10
Aug. 2000	65	26	10
Sep. 2000	65	27	8
Okt. 2000	64	26	11
Nov. 2000	70	22	8
Dez. 2000	68	23	10
Jan. 2001	76	18	6
Feb. 2001	69	21	10
Mrz. 2001	75	19	6
Apr. 2001	70	25	6
Mai 2001	71	22	8
Jun. 2001	72	22	6
Jul. 2001	72	22	7
Aug. 2001	74	19	7
Sep. 2001	73	21	7
Okt. 2001	75	19	6
Nov. 2001	80	18	2
Dez. 2001	73	19	9
Jan. 2002	75	19	6
Feb. 2002	75	20	5
Mrz. 2002	72	24	5
Apr. 2002	71	22	8
Mai 2002	75	20	5
Jun. 2002	75	20	4
Jul. 2002	73	20	7
Aug. 2002	76	20	5
Sep. 2002	77	20	3
Okt. 2002	77	19	4
Nov. 2002	83	15	2
Dez. 2002	82	16	2
Jan. 2003	75	22	3
Feb. 2003	76	22	2
Mrz. 2003	75	21	4
Apr. 2003	73	24	3
Mai 2003	70	27	3
Jun. 2003	77	22	2
Jul. 2003	78	19	2
Aug. 2003	74	23	3
Sep. 2003	75	22	3

	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Keine Antwort
Okt. 2003	73	24	3
Nov. 2003	81	18	1
Dez. 2003	86	13	1
Jan. 2004	79	20	2
Feb. 2004	82	17	1
Mrz. 2004	81	16	3
Apr. 2004	79	19	2
Mai 2004	76	21	2
Jun. 2004	72	25	3
Jul. 2004	72	25	2
Aug. 2004	68	30	3
Sep. 2004	72	26	2
Okt. 2004	72	26	2
Nov. 2004	69	29	2
Dez. 2004	69	28	2
Jan. 2005	65	32	3
Feb. 2005	66	32	3
Mrz. 2005	66	26	9
Apr. 2005	66	31	3
Mai 2005	69	29	2
Jun. 2005	66	32	2
Jul. 2005	67	31	2
Aug. 2005	70	27	3
Sep. 2005	70	28	2
Okt. 2005	71	26	3
Nov. 2005	76	23	1
Dez. 2005	73	25	2
Jan. 2006	71	27	2
Feb. 2006	75	23	2
Mrz. 2006	72	26	2
Apr. 2006	72	26	1
Mai 2006	76	23	1
Jun. 2006	77	21	2
Jul. 2006	79	19	2
Aug. 2006	78	21	1
Sep. 2006	75	22	3
Okt. 2006	77	22	1
Nov. 2006	81	18	2
Dez. 2006	78	21	1
Jan. 2007	80	19	1
Feb. 2007	81	18	1
Mrz. 2007	81	18	1
Apr. 2007	79	19	1
Mai 2007	80	18	2
Jun. 2007	81	18	1
Jul. 2007	85	14	1
Aug. 2007	82	16	1
Sep. 2007	79	20	1
Okt. 2007	82	16	2
Nov. 2007	84	15	1

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Stimmen Sie insgesamt der Tätigkeit von Wladimir Putin als Präsident (bzw. Premierminister) von Russland zu? (August 1999 – Mai 2022, in %) (Fortsetzung)

	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Keine Antwort
Dez. 2007	87	12	1
Jan. 2008	86	13	1
Feb. 2008	85	13	2
Mrz. 2008	85	13	2
Apr. 2008	86	12	1
Mai 2008	80	15	5
Jun. 2008	83	13	5
Jul. 2008	80	17	3
Aug. 2008	83	15	2
Sep. 2008	88	10	2
Okt. 2008	83	14	4
Nov. 2008	86	12	2
Dez. 2008	83	15	2
Jan. 2009	83	14	3
Feb. 2009	78	20	2
Mrz. 2009	78	20	2
Apr. 2009	76	21	3
Mai 2009	78	18	4
Jun. 2009	79	19	2
Jul. 2009	78	19	3
Aug. 2009	82	16	2
Sep. 2009	81	18	1
Okt. 2009	78	20	2
Nov. 2009	79	19	3
Dez. 2009	83	15	2
Jan. 2010	78	21	2
Feb. 2010	80	19	1
Mrz. 2010	78	20	2
Apr. 2010	78	20	2
Mai 2010	80	19	1
Jun. 2010	78	20	2
Jul. 2010	77	21	2
Aug. 2010	78	20	2
Sep. 2010	77	21	2
Okt. 2010	77	20	3
Nov. 2010	78	19	2
Dez. 2010	79	19	2
Jan. 2011	72	25	3
Feb. 2011	73	25	2
Mrz. 2011	69	29	2
Apr. 2011	71	27	2
Mai 2011	69	29	1
Jun. 2011	69	30	2
Jul. 2011	68	31	1
Aug. 2011	68	30	2
Sep. 2011	68	31	2
Okt. 2011	66	31	3
Nov. 2011	67	32	1
Dez. 2011	63	36	1
Jan. 2012	64	34	2

	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Keine Antwort
Feb. 2012	65	34	1
Mrz. 2012	68	31	1
Apr. 2012	67	32	1
Mai 2012	69	30	1
Jun. 2012	64	34	2
Jul. 2012	67	32	1
Aug. 2012	63	35	2
Sep. 2012	67	31	2
Okt. 2012	67	32	1
Nov. 2012	63	36	1
Dez. 2012	65	35	1
Jan. 2013	62	37	1
Feb. 2013	65	34	1
Mrz. 2013	63	36	1
Apr. 2013	63	37	1
Mai 2013	64	35	1
Jun. 2013	63	35	1
Jul. 2013	65	35	1
Aug. 2013	63	36	1
Sep. 2013	64	35	1
Okt. 2013	64	35	1
Nov. 2013	61	37	2
Dez. 2013	65	34	2
Jan. 2014	65	34	1
Feb. 2014	69	30	1
Mrz. 2014	80	18	2
Apr. 2014	82	17	1
Mai 2014	83	16	1
Jun. 2014	86	13	1
Jul. 2014	85	14	1
Aug. 2014	84	15	1
Sep. 2014	86	14	1
Okt. 2014	88	11	1
Nov. 2014	85	14	2
Dez. 2014	85	14	1
Jan. 2015	85	15	1
Feb. 2015	86	13	1
Mrz. 2015	85	14	1
Apr. 2015	86	13	1
Mai 2015	86	13	1
Jun. 2015	89	10	1
Jul. 2015	87	12	1
Aug. 2015	83	17	1
Sep. 2015	84	15	1
Okt. 2015	88	12	1
Nov. 2015	85	14	1
Dez. 2015	85	14	1
Jan. 2016	82	18	1
Feb. 2016	81	19	1
Mrz. 2016	82	17	1

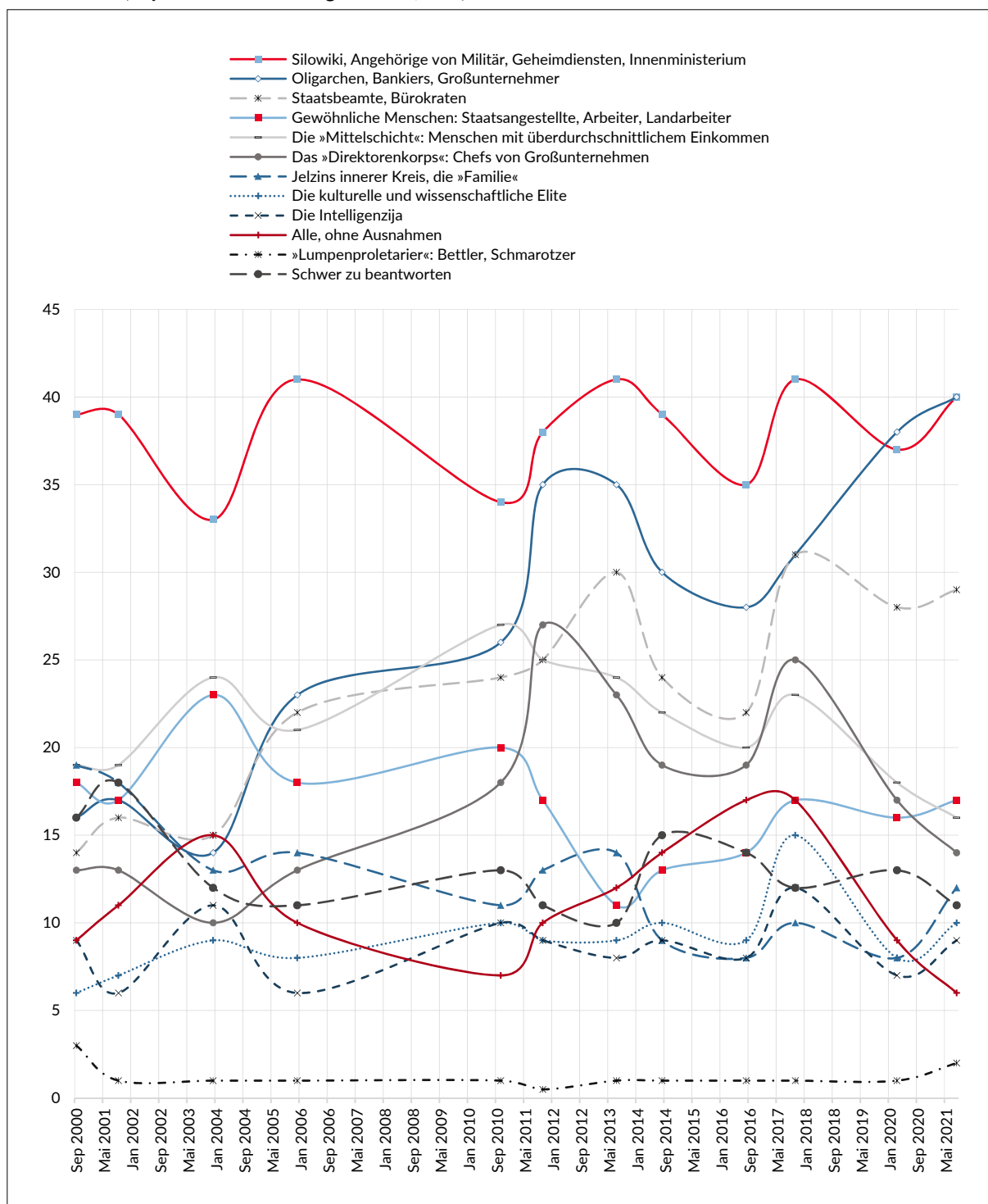
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Stimmen Sie insgesamt der Tätigkeit von Wladimir Putin als Präsident (bzw. Premierminister) von Russland zu? (August 1999 – Mai 2022, in %) (Fortsetzung)

	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Keine Antwort
Apr. 2016	82	17	1
Mai 2016	80	19	1
Jun. 2016	81	18	1
Jul. 2016	82	17	1
Aug. 2016	82	18	1
Sep. 2016	82	18	1
Okt. 2016	84	16	1
Nov. 2016	86	14	1
Dez. 2016	84	15	1
Jan. 2017	85	14	1
Feb. 2017	84	15	1
Mrz. 2017	82	17	1
Apr. 2017	82	18	1
Mai 2017	81	18	1
Jun. 2017	81	18	1
Jul. 2017	83	15	2
Aug. 2017	83	15	1
Sep. 2017	83	17	1
Okt. 2017	82	17	1
Nov. 2017	81	18	1
Dez. 2017	82	17	1
Jan. 2018	80	18	2
Feb. 2018	76	22	2
Mrz. 2018	80	19	1
Apr. 2018	82	17	1
Mai 2018	79	20	1
Jul. 2018	67	32	1
Aug. 2018	70	30	1
Sep. 2018	67	33	1
Okt. 2018	66	33	1
Nov. 2018	66	33	1
Dez. 2018	66	33	1
Jan. 2019	64	34	1
Feb. 2019	64	35	1
Mrz. 2019	64	34	2
Apr. 2019	66	33	1
Mai 2019	66	32	2
Jun. 2019	68	31	1
Jul. 2019	68	31	1
Aug. 2019	67	31	1
Sep. 2019	68	31	1
Okt. 2019	70	29	1
Nov. 2019	68	31	1
Dez. 2019	68	31	1
Jan. 2020	68	31	1
Feb. 2020	69	30	1
Mrz. 2020	63	36	2
Apr. 2020	59	33	8
Mai 2020	59	34	7
Jun. 2020	60	35	6
Jul. 2020	60	33	6
Aug. 2020	66	33	1
Sep. 2020	69	30	1
Okt. 2020	68	31	1
Nov. 2020	65	34	1
Jan. 2021	64	34	2
Feb. 2021	65	34	2
Mrz. 2021	63	35	2
Apr. 2021	65	33	2
Mai 2021	67	32	2
Jun. 2021	66	32	2
Jul. 2021	64	35	1
Aug. 2021	61	37	2
Sep. 2021	64	34	2
Okt. 2021	67	33	1
Nov. 2021	63	35	2
Dez. 2021	65	34	1
Jan. 2022	69	29	2
Feb. 2022	71	27	1
Mrz. 2022	83	15	2
Apr. 2022	82	17	1
Mai 2022	83	15	2

Quelle: Odobrenie dejatelnosti Wladimira Putina (Zustimmung zur Tätigkeit von Wladimir Putin), Mai 2022, <https://www.levada.ru/indikatoriy/odobrenie-organov-vlasti/>.

Grafik 3: Die Interessen welcher Schichten der Bevölkerung vertritt Ihrer Meinung nach Wladimir Putin? (September 2000 – August 2021, in %)



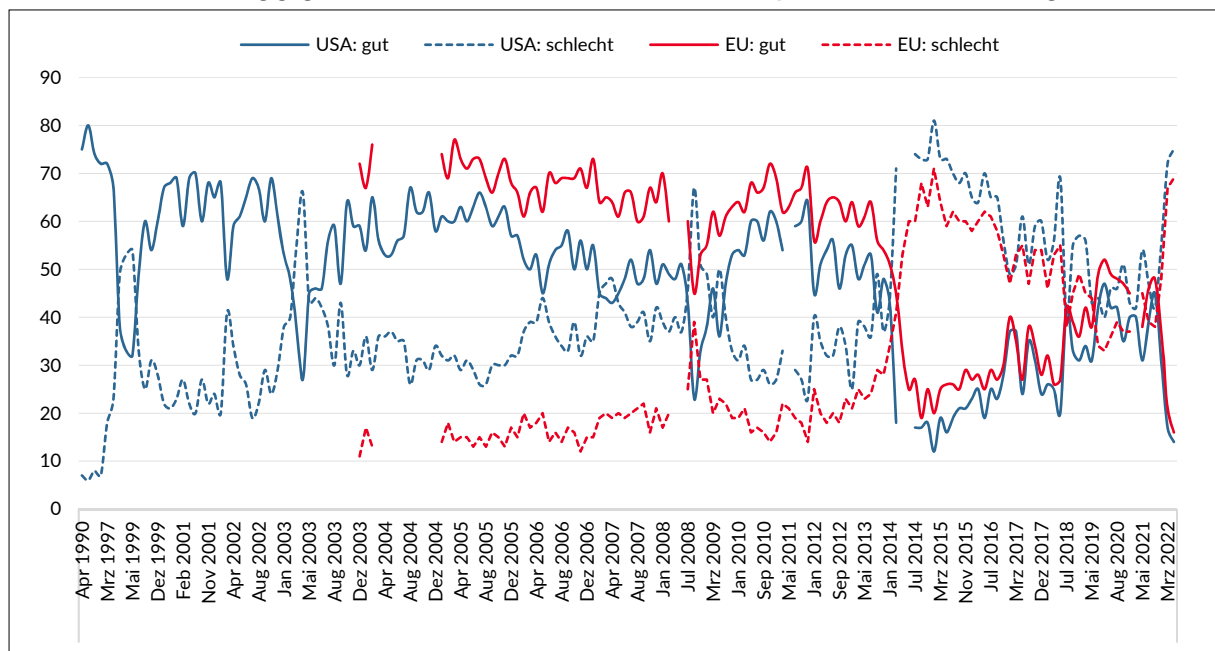
Quelle: Wladimir Putin, Lewada-Zentrum, 11.10.2021, <https://www.levada.ru/2021/10/11/vladimir-putin-10/>.

Tabelle 2: Die Interessen welcher Schichten der Bevölkerung vertritt Ihrer Meinung nach Wladimir Putin? (September 2000 – August 2021, in %)

	Sep. 2000	Sep. 2001	Dez. 2003	Dez. 2005	Okt. 2010	Okt. 2011	Jul. 2013	Aug. 2014	Aug. 2016	Okt. 2017	Mrz. 2020	Aug. 2021	Trend
Silowiki, Angehörige von Militär, Geheimdiensten, Innenministerium	39	39	33	41	34	38	41	39	35	41	37	40	
Oligarchen, Bankiers, Großunternehmer	16	17	14	23	26	35	35	30	28	31	38	40	
Staatsbeamte, Bürokraten	14	16	15	22	24	25	30	24	22	31	28	29	
Gewöhnliche Menschen: Staatsangestellte, Arbeiter, Landarbeiter	18	17	23	18	20	17	11	13	14	17	16	17	
Die »Mittelschicht«: Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen	19	19	24	21	27	25	24	22	20	23	18	16	
Das »Direktorenkorps«: Chefs von Großunternehmen	13	13	10	13	18	27	23	19	19	25	17	14	
Jelzins innerer Kreis, die »Familie«	19	18	13	14	11	13	14	9	8	10	8	12	
Die kulturelle und wissenschaftliche Elite	6	7	9	8	10	9	9	10	9	15	8	10	
Die Intelligenzija	9	6	11	6	10	9	8	9	8	12	7	9	
Alle, ohne Ausnahmen	9	11	15	10	7	10	12	14	17	17	9	6	
»Lumpenproletariat«: Bettler, Schmarotzer	3	1	1	1	1	<1	1	1	1	1	1	2	
Schwer zu beantworten	16	18	12	11	13	11	10	15	14	12	13	11	

Quelle: Wladimir Putin, Lewada-Zentrum, 11.10.2021, <https://www.levada.ru/2021/10/11/vladimir-putin-10/>.

Grafik 4: Einstellung gegenüber der EU und den USA in Russland (April 1990 – Mai 2022, Angaben in %)



Anmerkung: Wortlaut der Frage: Wie ist derzeit insgesamt ihre Einstellung gegenüber den USA/der EU? Antwortmöglichkeiten: Gut, schlecht, schwer zu sagen. Quelle: Mezhdunarodnye Otnosheniya (Internationale Beziehungen), Lewada-Zentrum, 15.06.2022, <https://www.levada.ru/2022/06/15/mezhdunarodnye-otnosheniya-7/>.

Tabelle 3: Einstellung gegenüber der EU und den USA in Russland (April 1990 – Mai 2022, Angaben in %)

	USA: gut	USA: schlecht	EU: gut	EU: schlecht
Apr. 1990	75	7		
Nov. 1991	80	6		
Aug. 1992	74	8		
Apr. 1993	72	7		
Mrz. 1997	72	18		
Dez. 1998	67	23		
Mrz. 1999	38	49		
Apr. 1999	33	53		
Mai 1999	32	54		
Aug. 1999	49	33		
Sep. 1999	60	25		
Nov. 1999	54	31		
Dez. 1999	60	28		
Feb. 2000	67	22		
Mai 2000	68	21		
Jul. 2000	69	23		
Feb. 2001	59	27		
Mai 2001	69	22		
Sep. 2001	70	20		
Okt. 2001	60	27		
Nov. 2001	68	22		
Dez. 2001	65	24		
Jan. 2002	68	20		
Mrz. 2002	48	41		
Apr. 2002	59	34		
Mai 2002	61	28		
Jun. 2002	65	26		
Jul. 2002	69	19		
Aug. 2002	67	22		
Sep. 2002	60	29		
Okt. 2002	69	24		
Nov. 2002	61	29		
Jan. 2003	53	38		
Mrz. 2003	48	40		
Mrz. 2003	38	55		
Apr. 2003	27	66		
Mai 2003	45	43		
Mai 2003	46	44		
Jun. 2003	46	42		
Jul. 2003	56	38		
Aug. 2003	59	30		
Sep. 2003	47	43		
Okt. 2003	64	28		
Nov. 2003	59	33		
Dez. 2003	59	30	72	11
Jan. 2004	54	36	67	17
Feb. 2004	65	29	76	13
Mrz. 2004	56	36		
Apr. 2004	53	36		
Mai 2004	53	37		
Jun. 2004	56	35		

	USA: gut	USA: schlecht	EU: gut	EU: schlecht
Jul. 2004	57	35		
Aug. 2004	67	26	77	13
Sep. 2004	62	31		
Okt. 2004	62	31		
Nov. 2004	66	29		
Dez. 2004	58	34		
Jan. 2005	61	32	74	14
Feb. 2005	60	31	69	18
Mrz. 2005	60	32	77	14
Apr. 2005	63	29	73	15
Mai 2005	60	31	71	15
Jun. 2005	63	29	73	13
Jul. 2005	66	26	73	15
Aug. 2005	63	26	69	13
Sep. 2005	59	30	66	16
Okt. 2005	61	30	70	15
Nov. 2005	63	30	73	13
Dez. 2005	57	32	68	17
Jan. 2006	57	32	66	15
Feb. 2006	52	37	61	20
Mrz. 2006	50	39	66	17
Apr. 2006	53	39	67	18
Mai 2006	45	44	62	20
Jun. 2006	51	39	70	14
Jul. 2006	54	36	68	16
Aug. 2006	55	34	69	14
Sep. 2006	58	33	69	17
Okt. 2006	50	39	69	16
Nov. 2006	56	32	71	12
Dez. 2006	50	36	67	15
Jan. 2007	55	35	73	15
Feb. 2007	45	45	64	19
Mrz. 2007	44	47	65	20
Apr. 2007	43	48	64	19
Mai 2007	45	43	61	20
Jun. 2007	48	41	66	19
Jul. 2007	52	38	66	20
Aug. 2007	47	39	60	21
Okt. 2007	48	41	61	22
Nov. 2007	54	35	67	16
Dez. 2007	47	42	64	21
Jan. 2008	51	39	70	17
Feb. 2008	49	37	60	20
Mrz. 2008	48	40		
Mai 2008	51	37		
Jul. 2008	43	46	60	25
Sep. 2008	23	67	45	39
Nov. 2008	33	51	53	27
Jan. 2009	38	49	55	27
Mrz. 2009	46	40	62	20
Mai 2009	36	50	57	23

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Einstellung gegenüber der EU und den USA in Russland (April 1990 – Mai 2022, Angaben in %) (Fortsetzung)

	USA: gut	USA: schlecht	EU: gut	EU: schlecht
Jul. 2009	47	40	61	22
Sep. 2009	53	33	63	19
Jan. 2010	54	31	64	19
Mrz. 2010	53	34	62	21
Mai 2010	60	27	68	16
Jul. 2010	60	27	66	17
Sep. 2010	56	29	67	16
Nov. 2010	62	26	72	14
Jan. 2011	60	27	69	16
Mrz. 2011	54	33	62	22
Mai 2011			63	21
Jul. 2011	59	29	66	19
Sep. 2011	60	27	67	18
Nov. 2011	64	23	71	14
Jan. 2012	45	40	56	25
Mrz. 2012	51	35	60	20
Mai 2012	54	32	64	18
Jul. 2012	56	32	65	20
Sep. 2012	46	38	64	18
Nov. 2012	53	34	60	23
Jan. 2013	55	25	64	21
Mrz. 2013	48	39	59	25
Mai 2013	51	38	61	23
Jul. 2013	53	36	64	24
Sep. 2013	41	49	56	29
Dez. 2013	48	37	54	28
Jan. 2014	43	44	51	34
Mai 2014	18	71	45	41
Apr. 2014			33	53
Mai 2014			25	60
Jul. 2014	17	74	27	60
Sep. 2014	17	73	19	68
Nov. 2014	18	73	25	63
Jan. 2015	12	81	20	71
Mrz. 2015	19	73	25	64
Mai 2015	16	73	26	59

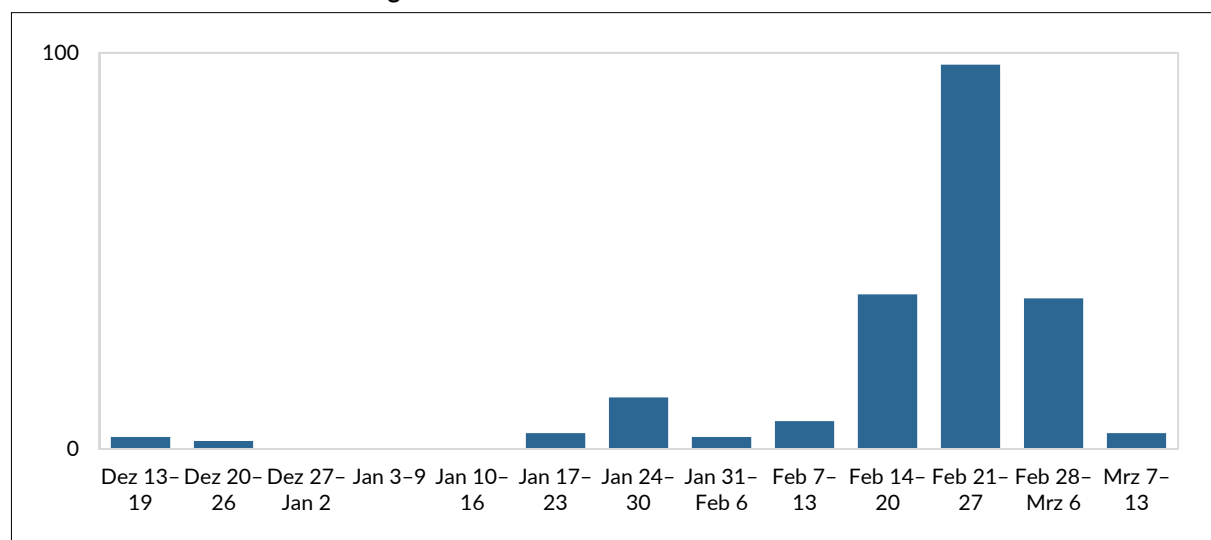
	USA: gut	USA: schlecht	EU: gut	EU: schlecht
Jul. 2015	19	70	26	62
Sep. 2015	21	68	25	60
Nov. 2015	21	70	29	60
Jan. 2016	23	65	27	58
Mrz. 2016	25	64	28	60
Mai 2016	19	70	25	62
Jul. 2016	25	65	29	61
Sep. 2016	23	65	27	58
Nov. 2016	28	56	30	53
Jan. 2017	37	49	40	47
Mrz. 2017	37	51	35	53
Mai 2017	24	61	27	55
Aug. 2017	35	51	38	47
Sep. 2017	31	59	34	54
Dez. 2017	24	60	28	54
Jan. 2018	26	52	32	46
Mrz. 2018	25	56	26	53
Mai 2018	20	69	27	55
Jul. 2018	42	40	42	38
Sep. 2018	33	55	39	45
Nov. 2018	31	57	36	49
Feb. 2019	34	56	42	45
Mai 2019	31	43	38	44
Aug. 2019	42	44	49	34
Nov. 2019	47	40	52	33
Jan. 2020	42	46	49	36
Aug. 2020	42	46	48	39
Nov. 2020	35	51	47	37
Jan. 2021	40	43	45	37
Mrz. 2021	40	42		
Mai 2021	31	54	38	45
Aug. 2021	39	47	46	39
Nov. 2021	45	42	48	38
Feb. 2022	31	55	37	48
Mrz. 2022	17	72	21	67
Mai 2022	14	75	16	69

Anmerkung: Wortlaut der Frage: Wie ist derzeit insgesamt ihre Einstellung gegenüber den USA/der EU? Antwortmöglichkeiten: Gut, schlecht, schwer zu sagen. Quelle: Meshdunarodnye Otnosheniya (Internationale Beziehungen), Lewada-Zentrum, 15.06.2022, <https://www.levada.ru/2022/06/15/mezhdunarodnye-otnosheniya-7/>.

STATISTIK

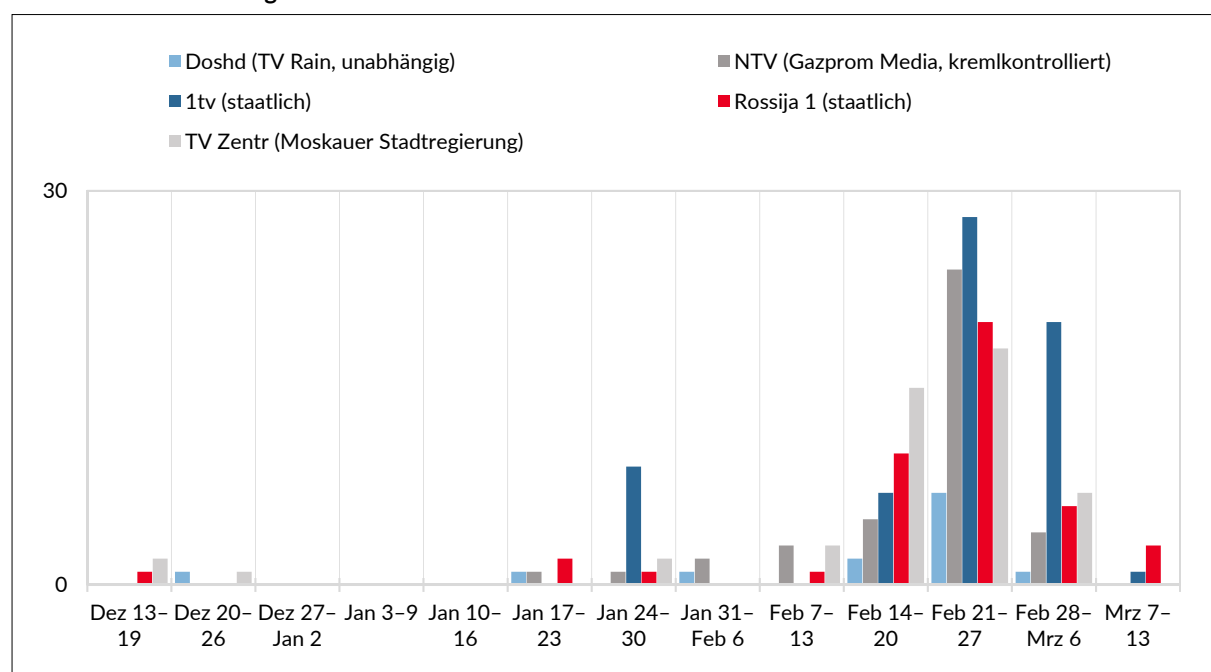
Erwähnungen der Wörter »Genozid«, »USA« und »NATO« im russischen Fernsehen 03.12.2021 – 13.03.2022

Grafik 5a: Summe der Erwähnungen von Genozid im russischen Fernsehen 03.12.2021 – 13.03.2022

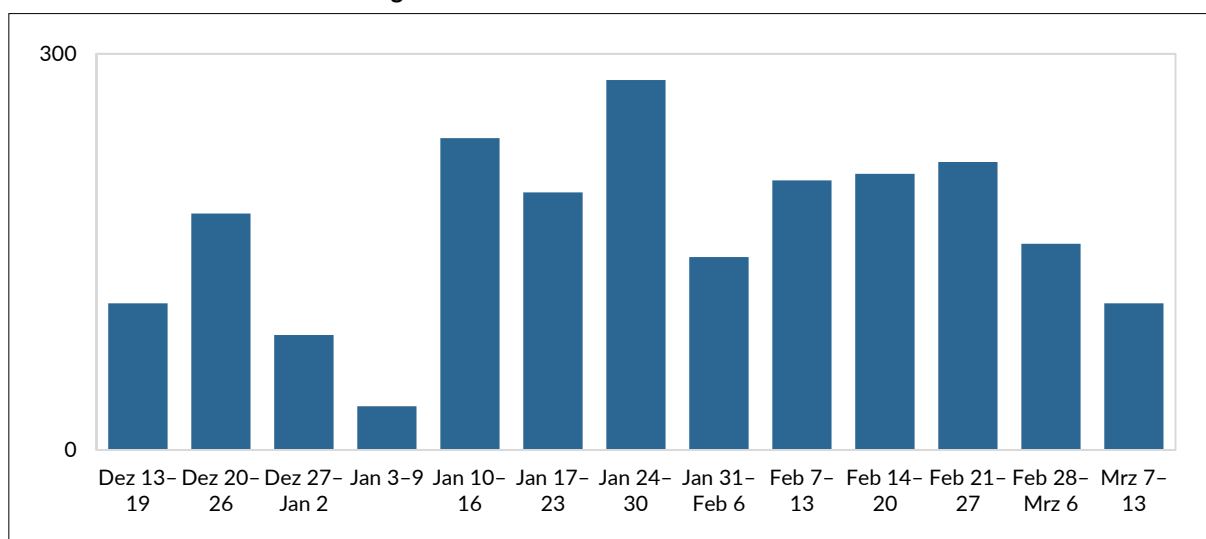


Quelle: Paul Goode, *How Russian Television Prepared the Public for War* (Wie das russische Fernsehen die Bevölkerung auf den Krieg vorbereitete), PONARS Eurasia Policy Memo No. 761, <https://www.ponarseurasia.org/how-russian-television-prepared-the-public-for-war/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Paul Goode für die Bereitstellung der Rohdaten, die den Grafiken zugrunde liegen.

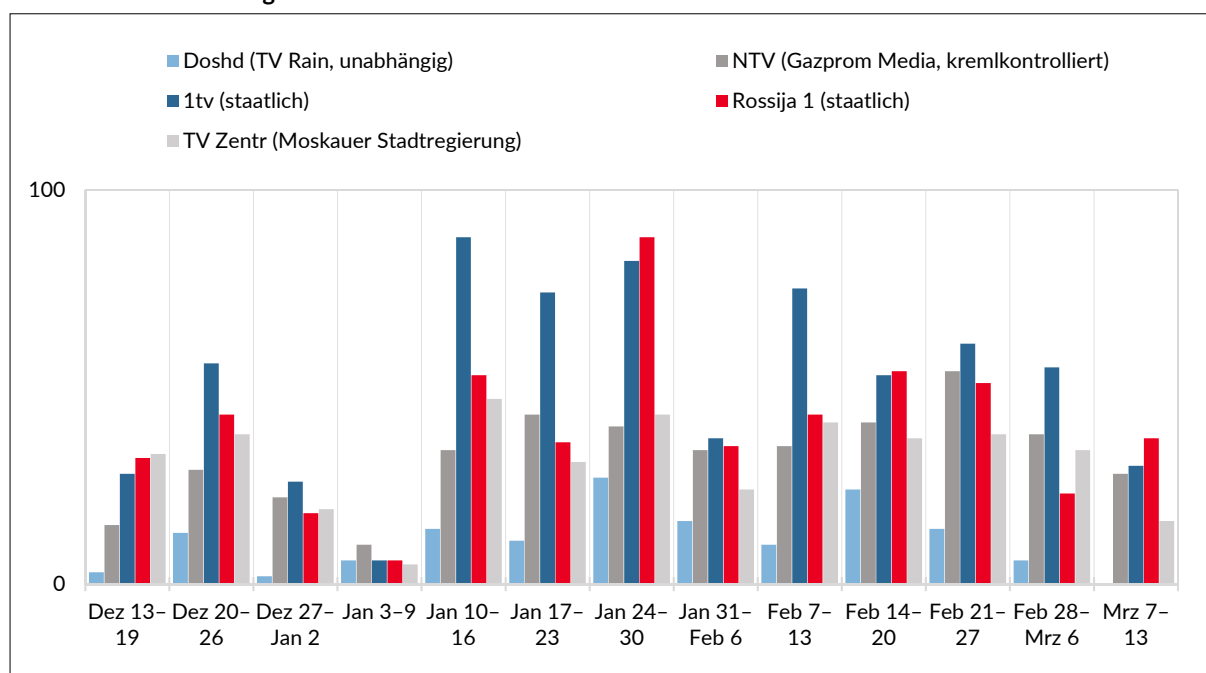
Grafik 5b: Erwähnungen von Genozid im russischen Fernsehen nach Sendern 03.12.2021 – 13.03.2022



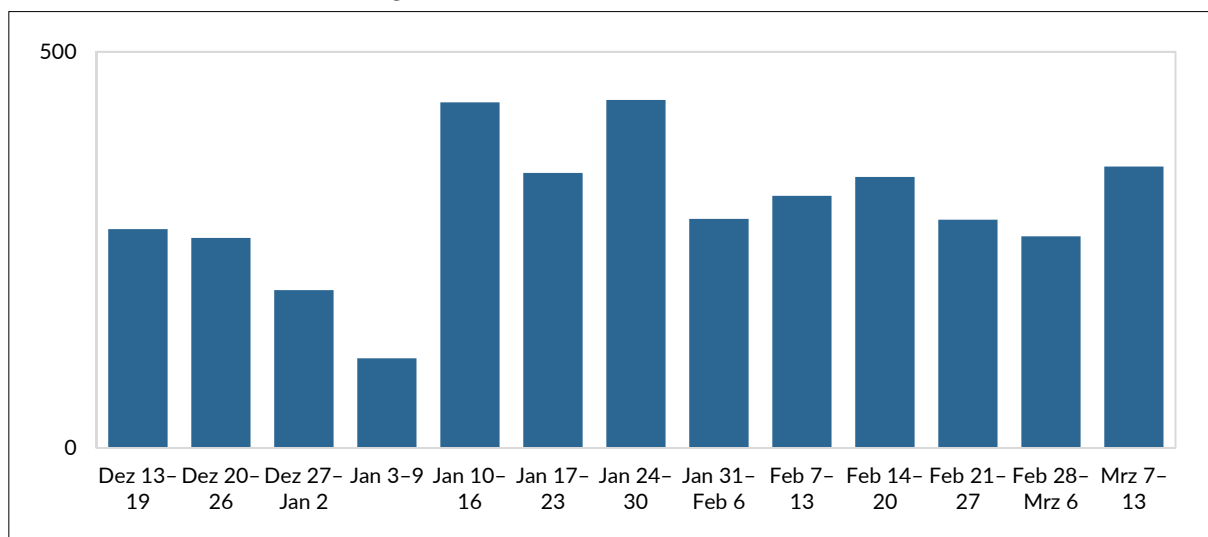
Quelle: Paul Goode, *How Russian Television Prepared the Public for War* (Wie das russische Fernsehen die Bevölkerung auf den Krieg vorbereitete), PONARS Eurasia Policy Memo No. 761, <https://www.ponarseurasia.org/how-russian-television-prepared-the-public-for-war/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Paul Goode für die Bereitstellung der Rohdaten, die den Grafiken zugrunde liegen.

Grafik 6a: Summe der Erwähnungen der NATO im russischen Fernsehen 03.12.2021 – 13.03.2022

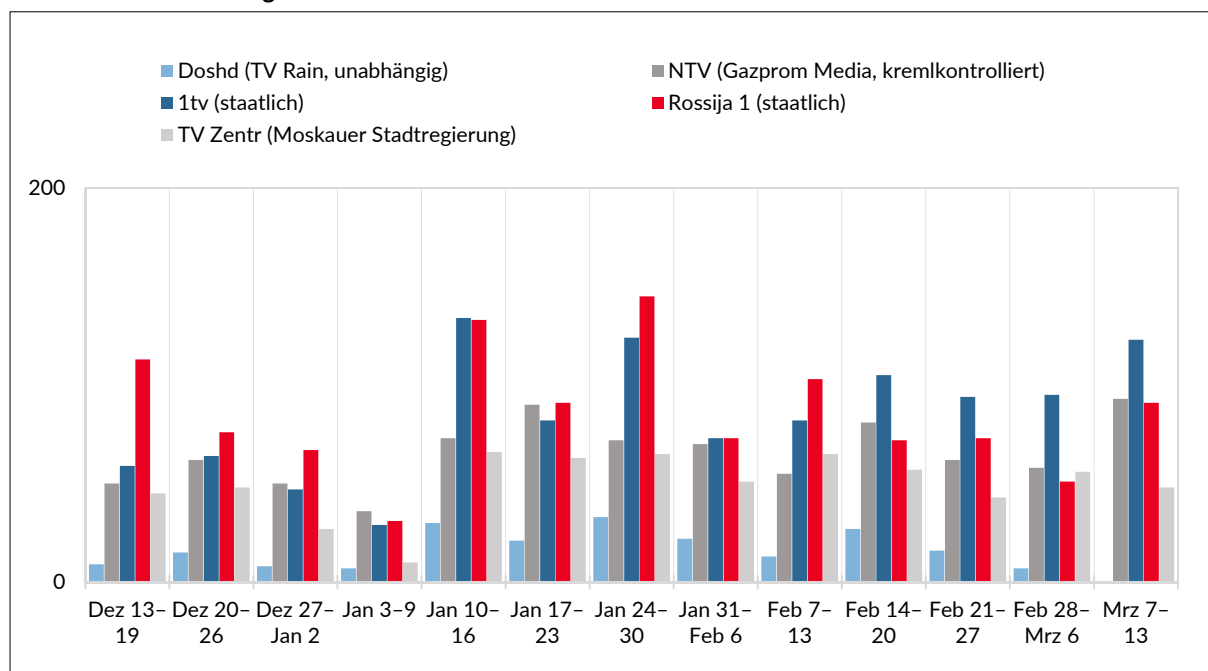
Quelle: Paul Goode, *How Russian Television Prepared the Public for War* (Wie das russische Fernsehen die Bevölkerung auf den Krieg vorbereitete), PONARS Eurasia Policy Memo No. 761, <https://www.ponarseurasia.org/how-russian-television-prepared-the-public-for-war/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Paul Goode für die Bereitstellung der Rohdaten, die den Grafiken zugrunde liegen.

Grafik 6b: Erwähnungen der NATO im russischen Fernsehen nach Sendern 03.12.2021 – 13.03.2022

Quelle: Paul Goode, *How Russian Television Prepared the Public for War* (Wie das russische Fernsehen die Bevölkerung auf den Krieg vorbereitete), PONARS Eurasia Policy Memo No. 761, <https://www.ponarseurasia.org/how-russian-television-prepared-the-public-for-war/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Paul Goode für die Bereitstellung der Rohdaten, die den Grafiken zugrunde liegen.

Grafik 7a: Summe der Erwähnungen der USA im russischen Fernsehen 03.12.2021 – 13.03.2022

Quelle: Paul Goode, *How Russian Television Prepared the Public for War* (Wie das russische Fernsehen die Bevölkerung auf den Krieg vorbereitete), PONARS Eurasia Policy Memo No. 761, <https://www.ponarseurasia.org/how-russian-television-prepared-the-public-for-war/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Paul Goode für die Bereitstellung der Rohdaten, die den Grafiken zugrunde liegen.

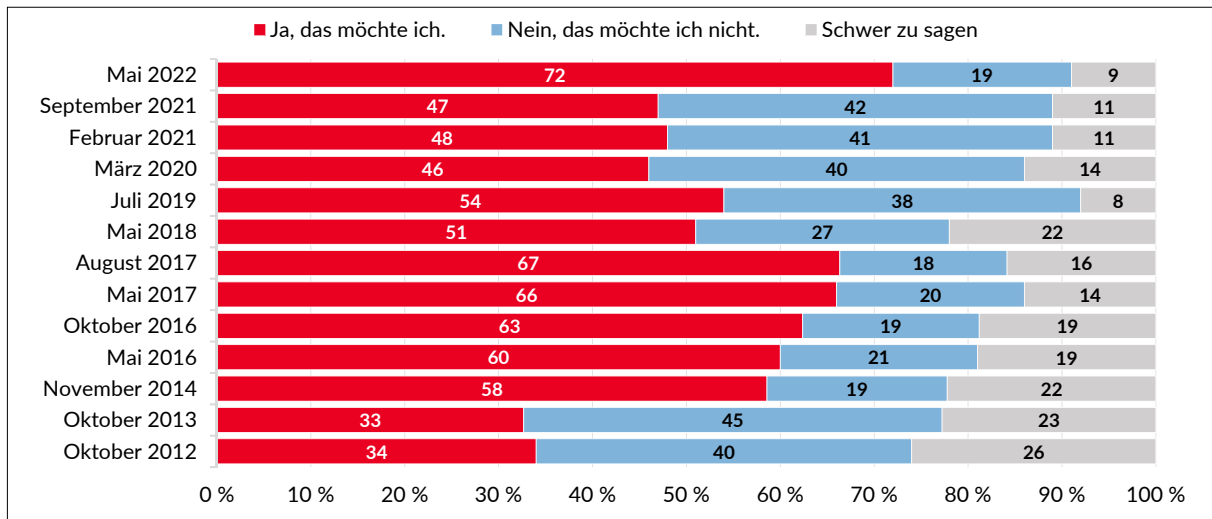
Grafik 7b: Erwähnungen der USA im russischen Fernsehen nach Sendern 03.12.2021 – 13.03.2022

Quelle: Paul Goode, *How Russian Television Prepared the Public for War* (Wie das russische Fernsehen die Bevölkerung auf den Krieg vorbereitete), PONARS Eurasia Policy Memo No. 761, <https://www.ponarseurasia.org/how-russian-television-prepared-the-public-for-war/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Paul Goode für die Bereitstellung der Rohdaten, die den Grafiken zugrunde liegen.

UMFRAGEN

Russland auf dem Weg zur Führerdiktatur – 2

Grafik 8: Möchten Sie gerne Wladimir Putin nach Ablauf seiner jetzigen Amtszeit nach dem Jahr 2024 im Amt des Präsidenten der Russischen Föderation sehen oder nicht? (Oktober 2012 – Mai 2022, in %)



Quelle: Otnoshenie k Wladimiru Putinu [Einstellung zu Wladimir Putin], Lewada-Zentrum, 10.06.2022, <https://www.levada.ru/2022/06/10/otnoshenie-k-wladimiru-putinu-5/>.

ANALYSE

Krieg, Protest und Regimestabilität

Jan Matti Dollbaum (Universität Bremen)

DOI: 10.31205/RA.421.02

Zusammenfassung

Nach mehr als drei Monaten Krieg gegen die Ukraine hat sich gezeigt, dass kurzfristig keine Gefahr von Antikriegsprotesten für das russische autoritäre Regime und seine Kriegspläne ausgeht. Lange im Voraus angelegte Repressionskampagnen haben die ohnehin geringe Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit der Nicht-System-Opposition zerstört. Die noch einmal drastisch verschärften Repressionen seit Beginn des Krieges verhindern zudem wirkungsvoll, dass sich neue organisierte Protestgruppen bilden. So bleibt der Protest anonym, unorganisiert, und schwach. Das bedeutet nicht, dass er wirkungslos wäre; aber unmittelbare Auswirkungen auf die großen Entscheidungen in Bezug auf den Krieg sind von möglichen Protesten nicht zu erwarten. Doch mit seiner imperialistischen Propaganda läuft das Regime Gefahr, von radikalen Kriegsbefürwortern unter Druck zu geraten. Aus diesem Grund geht der Kreml genauso kompromisslos gegen Nationalisten vor wie gegen jede andere Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation.

Einleitung

Die Erfahrung von Revolutionen in modernen, mit hoch-effektiven Repressionsapparaten ausgestatteten Staaten zeigt, dass ein autoritäres Regime nur dann ins Wanken

und zum Sturz gebracht werden kann, wenn die Kohäsion der Eliten schwindet oder signifikante Teile von Polizei und Armee sich weigern, Befehle auszuführen. Steht das Regime zusammen, so ist ihm wenig anzuhaben.

Aus diesem Grund richteten sich nach dem Beginn von Russlands Krieg gegen die Ukraine alle Augen auf die undurchsichtigen Kremlmauern, um mögliche Bruchlinien in Putins Machtzirkel auszumachen. Hochrangige Offizielle und kremlfreundliche »Oligarchen« stehen auf den Sanktionslisten, es werden weltweit Yachten festgesetzt und Konten eingefroren. Doch trotz Rücktritten einzelner Randfiguren wissen wir mittlerweile – etwa aus den Analysen von Farida Rustamova –, dass Sanktionen die russische Elite zumindest im Moment eher zusammenschweißen als Keile hineinzutreiben.

Hier kann Protest ins Spiel kommen. Denn zwar stürzen friedliche Demonstrationen kein Regime – das war im Jahr 2020 in Belarus deutlich zu beobachten, als zehn bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung auf die Straße gingen, ohne dass Lukaschenka in ernste Gefahr geriet. Doch Protest kann in autoritären Regimen dazu beitragen, Elitenspaltungen zu erzeugen, die ihrerseits dann ursächlich für einen Regimewechsel sein können. Dies kann über mindestens zwei Wege geschehen: Erstens können große Proteste den Eindruck erzeugen, dass der Staatsführung jegliche Legitimität in der Bevölkerung fehlt und sich deshalb für Eliten die Loyalität nicht mehr lohnt – vor allem wenn, zum Beispiel durch Amtszeitbeschränkungen, ohnehin ein baldiger Machtwechsel ansteht. Auf diese Weise trugen Proteste zum Regimewechsel bei mehreren Revolutionen im postsowjetischen Raum bei. Ein zweiter Weg führt über Disruption – also friedlicher ziviler Ungehorsam etwa in Form von Besetzungen und Blockaden: Wenn Protestierende das Funktionieren des Staates und/oder der Wirtschaft ernsthaft in Gefahr bringen, kann das zur Uneinigkeit innerhalb des Regimes beitragen. Denn derartige Proteste stellen das Regime vor die Entscheidung, diesen mit Kompromissvorschlägen oder Repressionen zu begegnen, was wiederum Abspaltungen und Befehlsverweigerung oder zumindest Kompromisse zur Folge haben kann. Protest kann also ein Regime durchaus in Gefahr bringen, dieser sollte aber für beide Szenarien bestimmte Eigenschaften aufweisen: Im ersten Fall müssen Proteste groß und repräsentativ sein, im zweiten zumindest gut organisiert und diszipliniert. Beides liegt in Russland zurzeit in weiter Ferne.

Die Ausmerzung des Widerstands

Das russische autoritäre Regime befindet sich schon seit vielen Jahren in einer Eskalationsspirale, in der Repression verstärkt und formal demokratische Institutionen ausgehöhlt werden. Lange Zeit nutzten Oppositionelle die schrumpfenden, aber dennoch weiterhin vorhandenen Spielräume und Gelegenheiten: Die lokalen Oppositionskoalitionen in Nowosibirsk und Moskau und auch Alexej Nawalnyjs »Smart Voting«-Strategie entspringen dieser Periode. Die Ökonomen Sergej Guriew und

Daniel Treisman sahen Russland gar als Beispiel des »informationalen Autoritarismus«, der anstatt durch Repression vor allem durch die Kontrolle von Information Stabilität erzeugt. Doch spätestens mit Nawalnyjs Verurteilung im Frühjahr 2021, der Einstufung seiner Organisationen als »extremistisch« und der Unterdrückung von Protest und unabhängigen Medien in einer noch nie dagewesenen Härte bewegte sich Russland deutlich in Richtung eines klassischen, vor allem auf Repression setzenden autoritären Regimes.

Noch im Jahr 2021 stellen sich viele Beobachter die Frage, warum das russische Regime mit einer derartigen Vehemenz gegen jeglichen Dissens vorging. Weder von Nawalnyj noch anderen Oppositionsakteuren ging eine ernsthafte Gefahr für Putin aus. Eine halbwegs plausible Antwort lautete deshalb: Die Repressionen sollen präventiv wirken. Zwar ist Nawalnyj deutlich zu unbeliebt, um zurzeit Wahlen gewinnen zu können. Aber sollte Putins Unterstützung in der Bevölkerung schwinden – zum Beispiel durch eine ausgedehnte Wirtschaftskrise – so könnte Nawalnyjs Organisation in der Lage sein, Proteste zu organisieren, damit den Widerstand zu kanalisieren und sich als potenzielle Gegenelite anzubieten.

Mittlerweile kennen wir die Antwort. Die Präventionsthese war korrekt, nur ging es dabei nicht um eine vage Zukunftsabsicherung gegen eventuell drohende Legitimationskrisen. Die Ausschaltung der organisierten Opposition, die der Bevölkerung unter Rückgriff auf die bewährte Formel verkauft wurde, dass sich Russland gegen Einmischung in innere Angelegenheiten aus dem Ausland wehren müsse, war vielmehr Teil der Kriegsvorbereitung. Einer möglichen Antikriegsbewegung sollte im Vorfeld des Krieges jegliche Grundlage entzogen werden.

Der Protest geht in den Untergrund

Unmittelbar zu Beginn des Krieges fragten sich viele, ob nicht trotzdem eine Protestbewegung entstehen könnte. Immerhin gingen in den ersten Wochen immer wieder Menschen im ganzen Land auf die Straße. Leonid Drabkin von OWD-Info, einer Organisation, die politische Repression dokumentiert und ihre Opfer juristisch unterstützt, berichtete zwei Wochen nach Kriegsausbruch, dass viele Protestierende auf den spontanen Antikriegsdemos kaum Erfahrung mit Repressionen gehabt hätten. Dies zeige, dass längst nicht nur die »üblichen Verdächtigen«, die schon seit Jahren regelmäßig protestieren, an den Protestaktionen teilnahmen. Diese Beobachtungen ließen viele darauf hoffen, dass sich eine ganz neue Klientel dem Protest anschließen und ihn dadurch entscheidend stärken könnte.

Doch diese Hoffnung entpuppte sich schnell als Illusion. Zunächst wurde der Protest unmittelbar durch

eine enorme Abwanderungswelle (<https://www.laenderanalysen.de/russland-analysen/420/>) geschwächt: Seit Kriegsbeginn verließen mehrere Hunderttausend Menschen Russland in die EU, die USA (über Mexiko), die Türkei, nach Israel, Armenien, Georgien und zahlreiche andere Länder. Auch wenn die Beweggründe bei vielen wirtschaftlicher Natur waren, so kam auf diese Weise einer potentiellen Protestbewegung doch auch potentielle Unterstützung abhanden. Viele politisch Aktive hatten sich sogar schon vorher ins Ausland abgesetzt: Allein aus dem lange als liberal geltenden Jekaterinburg verließen 2021 und 2022 vier von Nawalnyjs ehemaligen lokalen Koordinatoren das Land. Es waren also nicht nur systematisch die Organisationsstrukturen zerstört worden. Es fehlte zunehmend auch an Personen, die sie mit Leben füllen und diese Strukturen zur Protestmobilisierung nutzbar machen könnten.

Zudem signalisierte das Regime jenen, die in Russland zu verbleiben gedachten, unmissverständlich, dass jedwede Form des Widerstands einen horrenden Preis haben würde. Zum einen gilt dies für Straßenprotest. Bis Ende März 2022 gab es über 15.000 Festnahmen, mehr noch als bei den weit größeren Protesten gegen die Verhaftung Nawalnyjs Anfang 2021. Für den 2. April 2022 rief die anonyme Protestgruppe Wesna (»Frühling«, s. ihren Telegram-Kanal https://t.me/vesna_democrat) zu landesweiten Sitzstreiks auf, was angesichts der starken Abneigung vieler Liberaler in Russland gegen jede Form disruptiver Aktion ein beachtliches Novum darstellt. Wesna musste allerdings schnell feststellen, dass derzeit keine nennenswerten Zahlen für Straßenproteste mobilisiert werden können.

Zweitens gilt dies aber auch für weit subtilere Protestformen. Am 4. März 2022 verabschiedete das russische Parlament im Eilverfahren eine Änderung des Strafgesetzbuchs, die die Verbreitung von »Falschinformationen« über die »Spezialoperation« und die Diskreditierung der russischen Armee mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft. Diese Änderung wurde auch prompt in die Tat umgesetzt. Die Musikerin Alexandra Skotschilenko aus St. Petersburg etwa, die Preisschilder an Supermarktregalen gegen kleine Zettel mit Botschaften über zivile Kriegsoffer ausgetauscht hat, steht dafür zurzeit vor Gericht. Ihr drohen bis zu zehn Jahre Haft, und damit steht sie bei weitem nicht allein da. Insgesamt zählt OWD-Info 128 Strafverfahren (Stand 11.05.2022) (<https://ovd.news/news/2022/03/05/antivoennoe-delogid-ovd-info>), die im direkten Zusammenhang mit Antikriegsaktionen stehen, darunter 23, die sich auf das neue Gesetz berufen, sowie zahlreiche Anklagen zu bereits existierenden Straftatbeständen wie »Vandalismus« für an Hauswände gesprühte Antikriegsgraffiti.

Dies macht zweierlei deutlich: Erstens zeigen die Verfahren, wie sich der Protest verändert hat. Demonstrationen sind zu gefährlich geworden, unabhängige Medien

mussten ihre Berichterstattung einstellen, viele soziale Medien sind blockiert, und die Repressionen gegen zentrale Aktivistinnen und Aktivisten erschweren die Koordination erheblich. Aus diesem Grund ist der Protest in den Untergrund gegangen, wird vollständig dezentral und äußert sich fast nur noch durch anonyme Botschaften im Alltag. Zweitens wird aber sichtbar, dass das Regime selbst auf diese subtileren Formen des Protests mit Repressionen reagiert. Noch vor einiger Zeit dienten repressive Gesetze vor allem als Drohkulisse und kamen kaum zur Anwendung. Jetzt geht das Regime dazu über, diese Drohungen wahrzumachen. Wesna verbreitete kürzlich im Messengerdienst Telegram die folgende Handreichung: »Vermeidet Überwachungskameras und verdeckt euer Gesicht so weit wie möglich [...], tragt neutrale, unauffällige Kleidung, [...] schaltet euer Telefon aus, benutzt kein Auto«. Auf den ersten Blick lesen sich diese Empfehlungen als Verhaltensregeln für den Guerillakampf, doch waren sie für Aktivistinnen und Aktivisten bestimmt, die Peace-Zeichen auf Bushaltestellen malen. Auch wenn noch immer die meisten Festnahmen ohne Strafverfahren enden und es bis zu Massenrepressionen, die wir aus totalitären Regimen kennen, noch einigen Spielraum gibt, dreht sich die Spirale der Unterdrückung unaufhaltsam weiter.

Sozialprotest

All dies zeigt, dass derzeit von einer Protestbewegung, die sich explizit gegen den Krieg positioniert, keine Aktionen zu erwarten sind, die kurzfristige Wirkung entfalten. Schon gar nicht ist ein derartiger Protest in der Lage, eine Spaltung der Elite zu provozieren. Das Regime unterbindet sowohl die Mobilisierung als auch die Koordination effektiv, deswegen ist es derzeit wenig realistisch, dass ein Massenprotest entsteht oder dass der Protest politische Turbulenzen generieren kann. Etwas größer ist die Wahrscheinlichkeit von Sozialprotest. Die Wirtschaftssanktionen lassen schon jetzt die Preise spürbar steigen und werden auch die Arbeitslosigkeit befördern, sodass soziale Nöte in einem seit den 1990er Jahren nicht mehr dagewesenen Ausmaß drohen. Trotz ersten Streiks – etwa bei einer Baufirma in Nishnekamsk und einem Kurierdienstleister in Moskau – ist allerdings längst nicht sicher, dass dies breiten Protest zur Folge haben wird, insbesondere wenn das Regime die Schuld für die Not erfolgreich dem Westen zuschieben und sich die verbliebene Opposition weigern sollte, sozialen Forderungen eine politische Stimme zu geben. Allen voran gilt dies für die Kommunistische Partei, die zurzeit vor allem darum bemüht ist, dem Regime gegenüber ihre Loyalität kundzutun. Und selbst wenn es zu Protesten kommen sollte, so kann das Regime diese wahrscheinlich mit einer Mischung aus Repressionen und Zugeständnissen abfedern, bevor sie so groß oder disruptiv werden, dass sie Elitenspal-

tungen provozieren. Mögliche Zugeständnisse werden dann wohl nicht direkt den Krieg betreffen, denn es ist weder klar, dass sein Ende zur Aufhebung der Sanktionen führen würde, noch ist es ersichtlich, dass ein Ende der Sanktionen unmittelbare wirtschaftliche Verbesserungen mit sich brächte. Stattdessen könnten Sozialproteste größere Transferzahlungen oder weitere Maßnahmen erwirken, die Preissteigerungen verhindern sollen. Dies würde zwar das Regime finanziell belasten und damit strukturell schwächen, aber nicht zu einer unmittelbaren Bedrohung der Regimestabilität führen.

Probleme von der anderen Seite

Zurzeit ist also weder von einer Antikriegsbewegung noch von wirtschaftlich motivierten Protesten eine akute Gefährdung zu erwarten. Eine dritte potenzielle Gefahrenquelle sollte dabei allerdings nicht vergessen werden: eine radikale Minderheit, der die derzeitigen Kriegsanstrengungen nicht weit genug gehen. Die Propaganda hat in einem Teil der Bevölkerung und der Elite die Erwartung genährt, die Zeit sei gekommen, offene Rechnungen mit dem Westen zu begleichen und zumindest die Ukraine, wenn nicht weitere Teile Osteuropas, einzunehmen. Nachdem der russische Verhandlungsführer Wladimir Medinskij am 29. März 2022 den Rückzug aus den Regionen um Kyjiw und Tschernihiw angekündigt hatte, zeigte sich der Moderator und Propagandist Wladimir Solowjow, ansonsten ein laustarker Unterstützer der »Spezialoperation«, erbost über die Entscheidung. Und auch der tschetschenische Diktator Ramsan Kadyrow widersprach Medinskij und erklärte, Russland werde keine Zugeständnisse machen. Die einzige von Eliten und Medien vortragene Kritik am Krieg kommt damit von Akteuren, denen er nicht weit genug geht. Die beiden Genannten spielen zuverlässig ihre Rollen als imperialistische Hardliner. Sollte sich diese Stimmung in der Elite jedoch verbreiten und zudem noch Widerhall in der Bevölkerung finden, könnten von militärischen Rückschlägen diktierte Kompromisse eher Protest und Elitenspaltung auslösen als dies Sanktionen oder Antikriegsproteste können.

Dem Kreml scheint diese Gefahr bewusst zu sein. Zwar sind staatlich organisierte, öffentliche Loyalitätsbekun-

dungen in Form sogenannter »Flashmobs« allgegenwärtig. Dabei gruppieren sich zum Beispiel Schülerinnen und Schüler zu einem Z (dem Propagandasymbol des Krieges) und posten das Foto in sozialen Medien. Doch die Behörden vermeiden es dabei sorgfältig, unabhängige Strukturen entstehen zu lassen und drohen sogar denjenigen, die im Moment die staatliche Linie uneingeschränkt unterstützen. Anfang April dieses Jahres stürmte die Polizei eine rechtsradikale Buchhandlung in St. Petersburg auf der Suche nach »extremistischer« Literatur und beschlagnahmte unter anderem die Schriften des im Jahr 2020 verstorbenen nationalbolschewistischen Schriftstellers Eduard Limonow. Diese Aktion war möglicherweise kein Zufall, sendet sie doch das Signal, dass die Behörden bereit sind, auch gegen eine nationalistische Bewegung, die Züge von Eigenständigkeit aufweist, Repressionen anzuwenden.

Fazit

Es spricht zurzeit wenig dafür, dass dem Regime unmittelbare Gefahr durch abtrünnige Eliten droht. Proteste könnten solche Abspaltungen theoretisch provozieren oder befördern, müssten dafür aber groß und repräsentativ oder schlagkräftig und disruptiv sein. Derzeit zeichnet sich aber keine dieser Entwicklungen ab. Organisatoren sind größtenteils außer Landes, die Repressionen haben die persönlichen Risiken des Protests für die allermeisten in untragbare Höhen geschraubt; die Antikriegsbewegung ist fast vollständig anonymisiert und atomisiert. Auch soziale Proteste sind noch nicht vorherzusehen und könnten wahrscheinlich durch Zugeständnisse seitens der Politik zunächst aufgefangen werden, selbst wenn eine Wirtschaftskrise das Regime mittel- und langfristig stark unter Druck bringen könnte. Im Blick behalten sollte man jedoch die mögliche Gefahr durch den Geist, den das Regime selbst aus der Flasche ließ: Kriegsbegeisterte, die von Kompromissen enttäuscht sind und nicht davor zurückschrecken, die politische oder militärische Führung infrage zu stellen. Der Kreml wird allerdings nicht zögern, auch der Kriegs-Fraktion so zu begegnen wie jeder anderen Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation, wenn es der Machterhalt Putins erfordert: mit Repressionen.

Über den Autor

Jan Matti Dollbaum ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (Post-Doc) am Zentrum für Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen. Er forscht zu Protest, sozialen Bewegungen und Parteien im postsowjetischen Osteuropa. Zusammen mit Morvan Lallouet und Ben Noble hat er kürzlich ein Buch über den russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj und seine politische Organisation veröffentlicht (auf Deutsch erschienen bei Hoffmann & Campe).

Lesetipps

- Burkhardt, Fabian: The Fog of War and Power Dynamics in Russia's Elite: Defections and Purges, or Simply Wishful Thinking? In: Russian Analytical Digest Nr. 281, 29.03.2022.
- Guriev, Sergei, und Daniel Treisman: *Spin Dictators: The Changing Face of Tyranny in the 21st Century*. Princeton: Princeton University Press, 2022.

- Hale, Henry E.: *Patronal Politics: Eurasian Regime Dynamics in Comparative Perspective*. Problems of International Politics. Cambridge: Cambridge University Press, 2014.
- Rustamova, Farida: «Мы Теперь Будем Их Всех Е***ь». Что Происходит в Российских Элитах Через Месяц После Начала Войны. [»Jetzt werden wir sie alle f*cken«. Die russische Elite einen Monat nach Kriegsbeginn.] Substack newsletter Faridaily, 31.03.2022, <https://faridaily.substack.com/p/--3c3?s=r>.

ANALYSE

Die politische Ökonomie der Abfallwirtschaft in Russland

Olga Masyutina und Ekaterina Paustyan (Universität Bremen)

DOI: 10.31205/RA.421.03

Zusammenfassung

Die Entsorgung von Hausmüll ist eine der zahlreichen ökologischen Herausforderungen, vor denen Russland heute steht. Die landesweite Reform der Abfallwirtschaft im Jahr 2019 soll diesem Problem durch die Förderung von Recycling entgegenwirken. Diese geriet jedoch landesweit ins Stocken, was auf einige Besonderheiten der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft in Russland zurückzuführen ist. Der Mangel an Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und die Bedeutung persönlicher Beziehungen zwischen den Unternehmen und den föderalen bzw. regionalen Behörden behindern die Umsetzung der Reform und führen zu suboptimalen Ergebnissen bei der Bekämpfung des Abfallproblems.

Einleitung

Bei Umweltfragen wie Luftverschmutzung oder Waldsterben stehen bedeutende politische und wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Hierzu gehören die Interessen der Industrielobby, die sich für niedrigere Umweltsteuern einsetzt, oder die Interessen der grünen Parteien, die genau das Gegenteil erreichen wollen. Die russische Abfallwirtschaft ist hier keine Ausnahme. Viele Akteure sind involviert, und das Politikfeld ist insgesamt höchst umstritten. Auf kommunaler Ebene ist die Lage bei der Entsorgung fester Abfälle erbärmlich, denn mehr als 90 Prozent des Haushaltsmülls werden ohne Weiterverarbeitung auf schlecht betriebene Deponien gebracht. Die Kapazitäten von Deponien sind in Dutzenden Regionen fast erschöpft. Dadurch ist der Haushaltsmüll zu einem besonders akuten Problem geworden. Die föderale Regierung erkannte 2019 endlich den Ernst der Lage und brachte eine landesweite Abfallwirtschaftsreform auf den Weg. Das Ziel der Reform ist, die Nutzung von Deponien zu begrenzen und den Anteil des recycelten Abfalls durch den Einsatz moderner umweltfreundlicher Technologien zu erhöhen. Allerdings blieben sowohl der Entwurf als auch die Umsetzung der Reform bisher hinter den Erwartungen zurück, wie dies so oft in Russland der Fall ist (<https://ach.gov.ru/statements/byulleten-schetnoy-palaty-9-274-2020-g>). Einige Probleme, die im Zuge dieser Reform auftreten,

liegen in der Natur der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft in Russland begründet.

Russlands Abfallwirtschaft seit 2019

Das System der Abfallwirtschaft blieb nach dem Ende der Sowjetunion jahrzehntelang unreformiert. In den 2010er Jahren wurde überdeutlich, dass das System höchst ineffizient und dringend reformbedürftig war. Das Aufkommen an Haushaltsabfällen ist im Laufe der Jahre stetig gewachsen (336.000 Kubikmeter Haushaltsabfälle im Jahr 2020 im Vergleich zu 210.000 Kubikmeter im Jahr 2007), was auf den gestiegenen Verbrauch und die Urbanisierung zurückzuführen ist. Überfüllte Deponien, fehlendes Abfallrecycling und wiederkehrende Probleme bei der Abfallsammlung und -entsorgung in mehreren russischen Städten machten deutlich, dass die Abfallwirtschaft von Behörden und Entsorgungsunternehmen schlecht gemanagt wurde. Dutzende von Umweltprotesten in ganz Russland brachten die Besorgnis der russischen Bevölkerung über den Missstand in der Abfallentsorgung zum Ausdruck.

Die Reform der Abfallwirtschaft begann offiziell im Jahr 2019. Um diese auf den Weg zu bringen, mussten alle russischen Regionen einen oder mehrere regionale Entsorgungsbetriebe bestimmen, die für den gesamten Ablauf von der Sammlung bis zur Entsorgung von Hausmüll in der Region verantwortlich sind. Im Mai

2021 gab es 189 Entsorgungsunternehmen in 83 Regionen Russlands (ohne die Krim und die Stadt Sewastopol, die international als ukrainisches Staatsterritorium anerkannt sind). Die Entsorgungsbetriebe werden über ein öffentliches Ausschreibungsverfahren ausgewählt, und die siegreichen Bieter erhalten einen langfristigen Vertrag (in der Regel für 10 Jahre) im Wert von vielen Hundert Millionen Rubel. In der russischen Abfallwirtschaft geht es um viel Geld. Bis Mitte 2020 beliefen sich die Verträge, die mit regionalen Entsorgungsunternehmen unterzeichnet wurden, auf 2 Billionen Rubel (<https://istories.media/reportages/2020/06/18/musornaya-reforma-v-tsifrakh-i-grafikakh/>). Es ist jedoch allgemein bekannt, dass das öffentliche Beschaffungswesen in Russland aufgrund von Korruption und fehlender Transparenz mit vielen Mängeln behaftet ist. Daher ist es nicht verwunderlich, dass insbesondere die Zivilgesellschaft Bedenken hat hinsichtlich der Qualität und Effizienz von Unternehmen, die öffentliche Ausschreibungen gewinnen, um die regionale Abfallentsorgung zu übernehmen. Es ist offensichtlich, dass es bei den Ausschreibungen an offenem Wettbewerb mangelt: Bis November 2020 hatten nur 15 Prozent der 227 öffentlichen Ausschreibungen in 80 Regionen mehr als einen Bewerber (<https://ac.gov.ru/news/page/sistema-obrasenia-s-tbo-ostaetsa-neproznacnoj-26777>). Darüber hinaus hatten diejenigen Unternehmen, die die Ausschreibung gewonnen haben, in mindestens 11 Regionen keine vorherige Erfahrung in der Abfallwirtschaft (<https://istories.media/investigations/2020/06/18/v-11-regionakh-rossii-musornimi-operatorami-stali-firmi-bez-opita-obrashcheniya-s-otkhodami/>). Zum Beispiel erhielt der Archangelsker Entsorgungsbetrieb »Ekointegrator« im Jahr 2019 von der Regionalregierung einen Vertrag für zehn Jahre über eine Summe von 28,3 Milliarden Rubel, obwohl das Unternehmen erst neu gegründet worden war und nur vier Mitarbeitende hatte. Infolgedessen kommt es in verschiedenen russischen Regionen immer wieder zu Abfallkrisen, wenn Entsorgungsbetriebe ihren vertraglichen Verpflichtungen zur regelmäßigen Sammlung und Verarbeitung von Hausmüll nicht nachkommen.

Dieser Mangel an Wettbewerb spiegelt sich auch in den von den regionalen Entsorgungsunternehmen festgesetzten Tarifen für die Sammlung von Hausmüll wider. Diese sind meist höher, als sie es bei öffentlichen Ausschreibungen wären, die unter wettbewerblichen Bedingungen abgehalten werden. Seit Beginn der Reform der regionalen Abfallwirtschaftssysteme müssen die Bürger:innen viel mehr für die Entsorgung von Hausmüll bezahlen als noch davor. Dabei gibt es sehr große regionale Unterschiede, wie hoch die Gebühren sind, die die Bevölkerung an die regionalen Entsorgungsbetriebe entrichten muss. Je nach Region wurde im Jahr 2019 zwi-

schen 244 und 1411 Rubel für einen Kubikmeter Hausmüll berechnet. Die höchsten Gebühren sind derzeit in Moskau, in der Oblast Leningrad sowie im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen zu verzeichnen. 2021 stiegen die Gebühren um durchschnittlich vier Prozent. Während in einer Reihe von Regionen die Tarife gesenkt wurde (etwa um 9,2 Prozent in der Oblast Magadan), mussten andere Regionen erhebliche Preissteigerungen hinnehmen. In der Oblast Nowosibirsk mussten die Bürger:innen 39,2 Prozent mehr Gebühren als im Vorjahr verrichten, in der Republik Tatarstan waren es 24,8 Prozent mehr (<https://www.rbc.ru/society/03/03/2021/603cb7cb9a79475c8729c21e>). Außerdem bleibt es für die Bevölkerung in den Regionen undurchsichtig, wie die Gebühren zustande kommen und warum auf einmal für die gleiche Leistung mehr als bisher verlangt wird, während es oft keine Anzeichen für eine Verbesserung der Abfallsituation gibt. Infolgedessen weigerte sich 2019 ein Viertel der Bevölkerung, die Gebühren zu bezahlen. Dies war eine der Ursachen für die prekäre finanzielle Situation einiger regionaler Entsorgungsunternehmen, da diese Gebühren die Haupteinnahmequelle der Betriebe sind (<https://ach.gov.ru/statements/byulleten-schetnoy-palaty-9-274-2020-g>). Daraus entsteht ein Teufelskreis: Die Haushalte weigern sich, die gestiegenen Gebühren zu entrichten, und dem regionalen Unternehmen fehlen Finanzmittel, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Dies führt bei der lokalen Bevölkerung zu erheblicher Frustration über den Zustand der Müllabfuhr in ihrer Umgebung. Diese Unzufriedenheit ist einer der Gründe, die Gebühreneinzahlungen schlicht zu verweigern.

Probleme bei der Finanzierung von Recycling-Infrastruktur

Das erklärte Ziel der Reform von 2019 war es, den Recyclinganteil zu erhöhen. Allerdings stellt sich die Frage, wer die dazu benötigte Infrastruktur wie zum Beispiel Abfallsortier- und Recyclinganlagen bauen und finanzieren soll. Regionale Entsorgungsbetriebe sind nicht am Recycling interessiert, da dieses keinen zusätzlichen Profit bringt. Deswegen sind die Anreize gering, in den Bau von Recycling-Einrichtungen zu investieren. Firmen, die Wertstoffe aus dem Recycling nutzen, sind üblicherweise kleine und mittelständische Unternehmen, die keine Ressourcen für Investitionen haben, während die regionalen Budgets schon strapaziert sind (<https://expert.ru/expert/2020/46/musornoj-reforme-ne-hvataet-privlekatelnosti/>). Auch wenn private Investitionen eine wichtige Rolle in der Abfallwirtschaft spielen, so ist es doch klar, dass es öffentliche Förderung für Investoren geben muss. Schon bei der Organisation der ersten Stufe des Recycling-Prozesses – der Müllsortierung – tun sich große Schwierigkeiten auf. Weder die regionalen Behörden noch

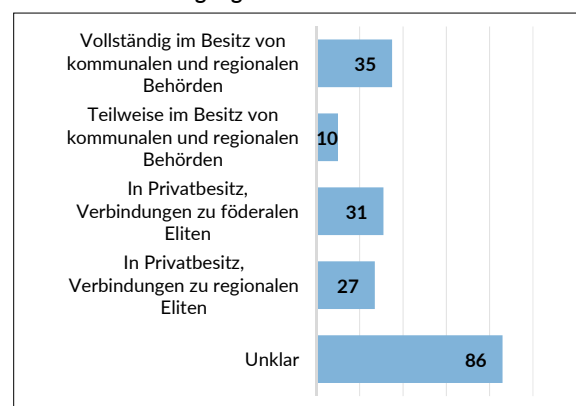
die Abfallwirtschaftsunternehmen bemühen sich ausreichend, ein öffentliches Bewusstsein für die Vorteile der Mülltrennung und des Abfallrecyclings zu erzeugen. Eine Analyse regionaler Abfallwirtschaftskonzepte ergab, dass die Hälfte keine Maßnahmen zur Mülltrennung vorsahen (<https://ach.gov.ru/statements/byulleten-schetnoy-palaty-9-274-2020-g>). Viele Haushalte können den Haushaltsmüll nur mit sehr großem Aufwand trennen, da oft Mülltonnen fehlen, die eine Trennung des Abfalls erlauben. Diesbezüglich gibt es regional sehr große Unterschiede: 2019 hatten etwa 60 Prozent der Bürger:innen in Pensa Recycling-Tonnen in der Nähe ihrer Wohnungen verfügbar, während es in Chabarowsk (einer gleich großen Stadt) nur elf Prozent waren (<https://greenpeace.ru/blogs/2020/03/12/rejting-greenpeace-kazhdyj-tretij-zhitel-krupnogo-goroda-rossii-imeet-dostup-k-razdelnomu-sboru/>). Aus einer Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums aus dem Jahr 2020 wird ersichtlich, aus welchen Gründen Russ:innen ihren Hausmüll nicht sortieren. Während einige keine Zeit oder keinen Platz in ihrer Wohnung haben, um den Hausmüll zu sortieren, ist der eigentliche Hauptgrund, dass viele es als sinnlos empfinden. 29 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass der Hausmüll sowieso auf einer Deponie landen und nicht dem Recycling zugeführt werden würde (<https://www.lewada.ru/2020/05/13/razdelnyj-sbor-othodov/>).

Ein weiterer Stolperstein auf dem Weg zu einer höheren Recycling-Quote ist die Müllverbrennung als vermeintliche Lösung für das Abfallproblem, die aktiv sowohl von Unternehmen als auch von der föderalen Regierung unterstützt wird. Ursprünglich sah die Reform vor, das Recycling mithilfe von Hochtechnologien voranzutreiben. Allerdings wurde schon im Dezember 2019 deutlich, dass der Müllverbrennung zentrale Bedeutung zukommen würde, als Wladimir Putin ein Gesetz unterzeichnete, das die Müllverbrennung rechtlich dem Recycling gleichstellte (<https://www.kommersant.ru/doc/4349953>). Eine Erklärung dafür ist, dass die föderale Regierung feststellte, dass sie ansonsten das erklärte Ziel des Nationalprojekts »Ökologie« für die Jahre 2018–2024 nicht erreichen würde, 36 Prozent des Haushaltsmülls zu recyceln. Außerdem gibt es eine mächtige Industrielobby, der auch RT-Invest angehört, ein teilweise von der Staatsholding Rostec kontrolliertes Unternehmen. RT-Invest baut derzeit fünf Müllverbrennungsanlagen in der Oblast Moskau und in der Republik Tatarstan und plant mit den staatlichen Unternehmen Rosatom und VEB.RF 25 weitere Verbrennungsanlagen in den russischen Regionen. Die Entscheidung wurde von Umweltschützer:innen und Wissenschaftler:innen heftig kritisiert, da die Müllverbrennung gegenüber dem Recycling zahlreiche Nachteile aufweist (<https://www.rbc.ru/society/08/04/2021/606f1889a7947348f112b50>).

Informelle Verbindungen zwischen Staat und Unternehmen in der Abfallwirtschaft

Informelle Verbindungen zwischen Staat und Unternehmen, etwa zwischen regionalen Entsorgungsbetrieben sowie der Abfallwirtschaft insgesamt und den Verwaltungen, geraten immer wieder ans Licht der Öffentlichkeit. Investigative Journalisten stellten fest, dass die Abfallwirtschaftsreform insbesondere zu solchen Geschäftsabschlüssen geführt hat, die aufgrund von persönlichen Verbindungen zu föderalen oder regionalen Eliten zustande gekommen sind. Im Mai 2021 haben wir eine Datenbank aller regionalen Abfallentsorgungsbetrieben in Russland mit den wichtigsten grundlegenden Informationen zu den Unternehmen zusammengestellt. Wir haben außerdem verschiedene Internetquellen (wie z. B. lokale Medien) nach Informationen über ihre Eigentumsform und Verbindungen zu kommunalen, regionalen oder föderalen Behörden durchsucht. Obwohl es in einer Reihe von Fällen unmöglich war, relevante Informationen zu finden, konnten wir dennoch ein umfassendes Gesamtbild der Eigentumsstrukturen und der informellen Netzwerke regionaler Abfallunternehmen erstellen. Auch wenn die Maßnahme, Entsorgungsunternehmen ins Leben zu rufen, von »oben« – also vom föderalen Zentrum in Moskau – ausging, so konnten wir dennoch selbst innerhalb einer Region verschiedene Eigentumskonstellationen ausmachen. Wie Tabelle 1 zeigt, sind einige Entsorgungsunternehmen ganz oder teilweise im öffentlichen Besitz. In den Oblasten Smolensk und Tambow gehören die regionalen Entsorgungsbetriebe zum Beispiel zu 100 Prozent der regionalen Regierung. In der Oblast Leningrad gehören 25 Prozent des Entsorgungsunternehmens dem regionalen Komitee für die Verwaltung des Staatseigentums, der Rest wird vom privaten Investor »AneksFinans« gehalten.

Grafik 1: Eigentümerstruktur regionaler Entsorgungsbetriebe



Quelle: Datensatz von Olga Masyutina und Ekaterina Paustyan

In rund 30 Regionen gehören die Abfallentsorgungsunternehmen Geschäftsleuten mit persönlichen Verbindungen zu kommunalen oder regionalen Verwaltungen.

So sind in der Republik Komi beispielsweise die beiden ehemaligen regionalen Abgeordneten Witalij Gabujew und Jewgenij Ljadow Mitgründer des einzigen regionalen Abfallentsorgungsunternehmens »Uchtashilfond«. In der Oblast Orenburg ist Anatolij Kilanow einer der Direktoren des kommunalen Entsorgungsunternehmens »Priroda«. Zuvor war er Leiter der regionalen Strafvollzugsbehörde und dann stellvertretender Bürgermeister von Orenburg. Es wird auch vermutet, dass Anatolij Tschernjajew einer der Besitzer:innen des Unternehmens ist, der Schwiegersohn des Orenburger Vizegouverneurs Oleg Dimow. Darüber hinaus haben einige der großen Unternehmen im Geschäft mit Feststoff-Abfällen gute Verbindungen zu den föderalen Eliten. So ist »Chartija«, ein regionaler Entsorger in verschiedenen russischen Regionen, einer der größten Akteure im Abfallgeschäft in Russland. Das Unternehmen gehört Igor Tschajka, einem Sohn von Jurij Tschajka, der aktuell Präsidentschaftsvertreter im Föderationskreis Nordkaukasus ist und zwischen 2006 und 2020 russischer Generalstaatsanwalt war (<https://thebell.io/dengi-ne-pahnut-kto-podelil-rynok-musora-v-200-mlrd-rublej>). In Moskau betreibt »Chartija« die Abfallsammlung und -entsorgung in zwei der 12 Bezirke. Die russische Hauptstadt ist ein großer Erzeuger von Haushaltsabfällen und einer der wichtigsten »Abfallmärkte« in Russland. Zwei weitere Moskauer Bezirke werden von »Ecoline« betreut, einem Unternehmen, das angeblich Arkadij Rotenberg gehört, einem russischen Oligarchen und engen Freund von Wladimir Putin (<https://stories.media/investigations/2020/06/18/lyudi-iz-okruzheniya-prezidenta-rossii-podelili-mezhdusoboi-musornii-rynok-na-2-trilliona-rublei/>). Diese engen Verbindungen zwischen Abfallwirtschaft und den föderalen und regionalen Verwaltungen führen oft zu Konflikten in den Regionen, die dann Unterbrechungen in der Abfallsammlung und -verwertung nach sich ziehen, wie etwa in der Oblast Kirow in den vergangenen zwei Jahren.

müll zu entlasten, sind bisher nur wenige positive Entwicklungen zu verzeichnen. Ohne systematische statistische Analysen lässt es sich nur schwer nachweisen, dass Unternehmen, die enge Verbindungen zu den Behörden haben oder Ausschreibungen ohne Wettbewerb gewinnen, bessere oder schlechtere Leistungen erbringen als andere Entsorgungsunternehmen. Trotzdem ist die Abfallentsorgung ein anschauliches Beispiel, wie die Wirtschaft in Russland tatsächlich funktioniert. Es zeigt eindrücklich, wie Korruption, hartnäckige informelle Praktiken und das Bestreben von Eliten, Renten abzuschöpfen, auch für die Abfallwirtschaft charakteristisch sind und jene Phänomene illustrieren, die in der Wissenschaft als »bad governance« (in etwa »schlechte Regierungsführung«) und »limited access order« (politökonomische Systeme, in denen Konkurrenten von privilegierten Eliten nur beschränkter Zugang zu Ressourcen haben) bezeichnet werden. Ein derartiges (Miss-)Management in der Abfallwirtschaft zieht viele negative Konsequenzen nach sich: Die Haushalte müssen höhere finanzielle Belastungen stemmen, weil sie gezwungen sind, mehr für die Müllentsorgung zu zahlen. Außerdem kommt es zu einer Verschwendung von Geldern für den Bau von neuen Anlagen für das Recycling von Haushaltsmüll, während Städte buchstäblich im Abfall versinken.

Der Krieg in der Ukraine wird das Abfallproblem in Russland nur noch verschärfen. Einerseits werden Investitionen in Hochtechnologie-Recyclinganlagen zusammengestrichen werden. Andererseits wird es nur wenige Möglichkeiten geben, ausländische Recyclinganlagen oder Abfallsammelfahrzeuge zu erwerben. Die Menschen werden zunehmend Schwierigkeiten haben, die Gebühren für die Müllabfuhr zu bezahlen, weil ihr Einkommen sinkt. Dadurch werden Umweltthemen für die Politik immer weniger wichtig werden. Dies wird sich negativ auf den Umweltschutz, die Lebensqualität und die Gesundheit der Russ:innen auswirken.

Schlussfolgerungen

Auch wenn die föderale Abfallreform mit der guten Absicht begonnen wurde, die Regionen vom Haushalts-

Übersetzung aus dem Englischen: Yana Lysenko

Über die Autorinnen

Olga Masyutina ist Doktorandin im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Bremen. Ihre Dissertation konzentriert sich auf die Erforschung von Wirkungen autoritärer Institutionen in Russland auf verschiedene sozioökonomische Ergebnisse. Vor ihrer Promotion arbeitete Olga Masyutina am International Center for the Study of Institutions and Development an der Higher School of Economics in Moskau.

Dr. *Ekaterina Paustyan* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Bremen. Sie promovierte 2020 im Fach Politikwissenschaft an der Central European University. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der politischen Ökonomie, der Regionalpolitik, der autoritären Regime und der Elitennetzwerke.

Eine ausführlichere Analyse des Abfallwirtschaftssystems in Russland ist im IERP-Diskussionspapier der Autorinnen »Environmental Politics in Authoritarian Regimes: Waste Management in the Russian Regions« (<https://media.suub.uni-bremen.de/handle/elib/5929>) zu lesen. Die Autorinnen bedanken sich bei Grigory Yakovlev für seine Unterstützung bei der Datenerhebung.

DEKODER

»Fast noch mehr von der Realität abgekoppelt als Putin selbst«

Andrej Nekrassow (Moskau)

Wirtschaftswissenschaftler und Oppositionspolitiker Andrej Nekrassow ist in einem Post auf Facebook wenig optimistisch, was ein Umdenken in Elite oder Gesellschaft angeht. Er argumentiert, dass die russische Armee immer noch bei weitem überlegen sei, und dass die russische Gesellschaft aufgrund der Propaganda größtenteils fest hinter dem Präsidenten stehe. Außerdem habe Putin vor dem Krieg massive Geldreserven angehäuft. Insgesamt sei das russische Regime daher viel besser aufgestellt als etwa das von Kuba oder Venezuela – die schon seit Jahren Sanktionen und Wirtschaftskrisen trotzen. »Wenn man das Tabakdosenszenario ausschließt« [der russische Kaiser Paul wurde angeblich mit einer Tabakdose erschlagen], dann gibt es für Nekrassow »nur schlechte oder ganz schlechte Szenarien«:

Ich sehe völlig unbegründete Euphorie und Siegesgewissheit. Angesichts der taktischen Fehler der russischen Armee, des gescheiterten Blitzkriegs und der westlichen Sanktionen ist die Öffentlichkeit, die sich mit der Ukraine solidarisiert (ob im Westen, in der russischen Opposition oder in der Ukraine selbst), in Illusionen versunken und hat sich fast noch mehr von der Realität abgekoppelt als Putin selbst.

Ich werde versuchen, ein wenig Realismus einzustreuen.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Wirtschaftssanktionen in den nächsten Jahren in keiner Weise die Stabilität des Putin-Regimes beeinflussen werden: Den Russen wird es schlechter gehen. Die Wirtschaft wird einbrechen. Aber das kümmert Putin nicht. Er hat genug Geld für die Gehälter der Silowiki und für die Waffenproduktion, um ein weiteres Jahrzehnt zu überstehen. Sogar für Ärzte und Lehrer wird etwas übrigbleiben. Für die Regimestabilität reichen jedoch die Silowiki.

Die Sanktionen wirken ausschließlich langfristig. Es geht um Jahre und Jahrzehnte. Mittelfristig haben die Sanktionen keine Auswirkungen auf die Fähigkeit Russlands, eine aggressive Außenpolitik zu betreiben. [...]

So oder so – Selensky wird kapitulieren. Wie diese Kapitulation aussehen wird, spielt keine große Rolle, wichtig ist, dass Putin sie als seinen Sieg darstellen wird und dass das Regime sich dadurch nur stabilisiert. Ich glaube, Putins [wirkliche] Forderungen sind ein neutraler

Status sowie die Anerkennung der LNR/DNR und der Krim. Ich würde diesem Szenario 70 bis 80 Prozent geben.

Ich will niemanden zu irgendetwas auffordern, aber wenn Selensky sich ohnehin für die eine oder andere Variante der Kapitulation entscheiden muss, dann besser früher als später. Es würden weniger Menschen sterben. Die Siegesgewissheit der Bevölkerung wird aber nicht zulassen, dies früher zu tun. Eine Kapitulation zu einem Zeitpunkt, an dem die meisten Ukrainer glauben, sie würden gewinnen, würde aus Selensky eine politische Leiche machen. Am Ende kommt es höchstwahrscheinlich zum selben Ergebnis, allerdings mit viel mehr Toten auf beiden Seiten. [...]

Die Realität hat gezeigt, dass die russische Wirtschaft in den Jahren, in denen sie unter »schrecklichen Sanktionen« stand, nicht nur nicht zusammengebrochen ist, sondern ihre Reserven um 250 Milliarden [US-Dollar] erhöht, gleichzeitig ihre Auslandsverschuldung um mehr als 250 Milliarden gesenkt hat und so weiter. Den Menschen ging es schlechter, das Wirtschaftswachstum lag bei Null, es gab aber nicht mal annähernd eine Katastrophe, das System wurde nur stabiler. Heute ist eine Katastrophe noch unwahrscheinlicher. Die Konstruktion ist zu stabil. Und ich bin mir ehrlich gesagt nicht sicher, ob die Veränderung der äußeren Umstände zwischen 2021 und 2022 bedeutender ist als die zwischen 2013 und 2016.

Stand: 03.03.2022

Über den Autor

Andrej Nekrassow absolvierte das Moskauer Staatliche Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO) und erwarb 2008 einen MBA an der Higher School of Management der Higher School of Economics. Zudem arbeitete er 2009 in der Präsidentschaftsverwaltung der Russischen Föderation.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekode.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Bystro #34: Können Sanktionen Putin stoppen?

Janis Kluge (Berlin)

Kein einziger Staat weltweit ist derzeit mit so vielen Sanktionen belegt wie Russland. Über 6.000 einzelne Strafmaßnahmen – das sind mehr als gegenüber Iran und Nordkorea zusammen. Nun droht Russland der Bankrott, für die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist er nur eine Frage der Zeit.

Damit werden in Russland Erinnerungen an den Default des Jahres 1998 wach. Doch was bedeutet ein Staatsbankrott wirklich? Könnte er den Krieg stoppen, Russland in die Knie zwingen? Oder würden die Sanktionen dem System Putin womöglich gar in die Hände spielen? Ein Bystro mit Janis Kluge – in sieben Fragen und Antworten.

1. Russland steht vor dem Bankrott. Was bedeutet das?

Russland wird seine Verpflichtungen aus Staatsschulden und Anleihen nicht erfüllen – das hat allerdings weniger mit Russlands Zahlungsunfähigkeit, sondern vielmehr mit seiner Zahlungsunwilligkeit zu tun. Die russische Regierung hat unilateral Regeln beschlossen, auf welche Weise sie diesen Verpflichtungen nachkommt: Sie will die zu entrichtenden Zinsen zunächst auf eine Art Sperrkonto zahlen – und zwar in Rubel und nicht, wie vereinbart, in US-Dollar. Die vertragsgemäße Rückzahlung knüpft Russland an die Aufhebung von bestimmten Sanktionen: Die vom Westen teilweise eingefrorenen russischen Zentralbankreserven in Fremdwährungen sollen wieder aufgetaut werden. Russland verstößt also gegen die eigentlichen Vertragsgrundlagen und nimmt damit bewusst einen Default in Kauf: Einerseits will es damit politischen Druck aufbauen, damit seine eingefrorenen Finanzreserven (laut Finanzminister Anton Siluanow geht es um etwa 300 Milliarden von insgesamt 640 Milliarden US-Dollar) wieder aufgetaut werden, andererseits will der Kreml den Abfluss von Devisen reduzieren. Insgesamt wäre Russland mit seinen Exporten von Energieträgern (die in US-Dollar gehandelt werden) aber bestens in der Lage, die Zinszahlungen zu bedienen.

Dass der Staat als zahlungsunfähig eingestuft wird, hat aber zur Folge, dass auch russische Konzerne unter Umständen als zahlungsunfähig gelten werden. Westliche Banken etwa, die russischen Unternehmen Kredite vergaben, müssten diese Werte wegen des Defaults abschreiben oder Wertberichtigungen durchführen. Einzelne westliche Institute können dadurch Probleme bekommen. Deshalb richten derzeit viele den Blick auf westliche Banken, die sich in Russland engagiert hatten.

2. Warum hat der Kreml seine Reserven eigentlich nicht vor dem Zugriff des Westens geschützt? Ist es ein Hinweis darauf, dass der Krieg nicht von langer Hand geplant war?

Russland hat schon 2018 begonnen, seine Reserven zu diversifizieren. Die Dollar-Abhängigkeit sollte reduziert werden: Was zuvor in US-Währung da war, wurde größtenteils in Euro, Yen oder das chinesische Renminbi umgeschichtet. Damals hat man aber offenbar nicht damit gerechnet, dass auch die Vermögenswerte in Yen und Euro eines Tages eingefroren werden könnten. Vermutlich ist der Kreml auch zunächst nicht davon ausgegangen, dass der Krieg so blutig und so umfassend werden würde und dass der Westen mit solch massiven Mitteln auf die Invasion reagiert. Aus heutiger Sicht scheint es absurd, dass Russland viele Jahre lang gespart und etwa eine Rentenreform durchgeführt hat, die politisch viel Kapital gekostet hat – all das, um eine Reserve aufzubauen, an die es heute nur teilweise drankommt: Geld, das für Krisenzeiten da sein sollte, ist jetzt schlicht nutzlos. Die Zentralbank hat sich da also eindeutig verkalkuliert. Da die wirtschafts- und finanzpolitische Elite des Landes offensichtlich nicht in die Kriegspläne eingeweiht war, ist es aber schwierig, ihr die Schuld dafür zuzuschieben.

3. Einige Beobachter sagen, dass die Reserven noch hoch genug seien, um mittelfristig auch den bisherigen Sanktionen gegen Russland trotzen zu können. Andere betonen, dass gegen Russland weitaus mehr Sanktionen verhängt worden sind als gegen den Iran, Nordkorea oder Venezuela. Das System Putin stehe also vor dem Kollaps. Was ist richtig?

Die Anzahl der Sanktionen sagt nicht viel über deren Härte aus. Der Iran ist heute immer noch härter sanktioniert als Russland. Bei der Verhängung von Sanktionen geht es um die Fragen, wie schnell sie wirken und wie viel Angriffsfläche es gibt. Wegen der enormen Abhängigkeit von der westlichen Technologie bietet Russland in der Tat sehr viel Angriffsfläche. Auch in Finanzfragen bietet Russland viel Angriffsfläche, weil es so gut in das globale Finanzsystem integriert war. Die Sanktionen wurden innerhalb weniger Tage verhängt. Deshalb ist es eine historische Situation: Noch nie wurde ein so großes Land innerhalb so kurzer Zeit so massiv mit Sanktionen belegt. Bei dieser Konstellation gibt es viele Variablen, weshalb nicht klar ist, wie es weitergeht.

Solange Russland allerdings Öl und Gas exportieren kann, wird es immer genügend Deviseneinnahmen haben. Hinzu kommt, dass die russische Zentralbank den Devisenabfluss aus dem Land massiv eingeschränkt hat: Ausländische Investoren etwa dürfen ihre Vermögenswerte in Russland derzeit nicht verkaufen. Außerdem importiert Russland nun kaum noch etwas und Menschen aus Russland können derzeit fast keinen Urlaub im Ausland machen. Der Devisenabfluss ist somit vermutlich relativ gering, genaue Zahlen dazu gibt es noch nicht. Der Devisenzufluss dürfte aber immer noch hoch sein, angesichts hoher Gas- und Ölpreise. Aus diesen Gründen kann man Russland nur bedingt mit dem Iran oder Nordkorea vergleichen. Es wird zwar eine massive Wirtschaftskrise in Russland geben, diese wird aber einen ganz anderen Charakter haben als in den Staaten, die man an den Rand der Zahlungsunfähigkeit schubsen kann. Nur eine massive Reduzierung der Deviseneinnahmen aus dem Energieexport kann Russland ernsthaft gefährden.

4. Der Rubel ist im Zuge der Sanktionen abgestürzt, der Ölpreis ist gestiegen. Da der Staatshaushalt in Rubel gerechnet wird, der Ölpreis aber in US-Dollar, hat der Staat derzeit mehr Einnahmen. Einnahmen, mit denen er auch den Krieg finanzieren kann. Wäre es allein aus diesem Grund nicht naheliegend, ein Öl- und Gasembargo gegen Russland zu verhängen, um den Krieg zu beenden?

Die derzeit im Krieg eingesetzte Militärtechnik ist ja schon etwas älter. Wenn man so will, haben wir diese Technik – und diesen Krieg – in den vergangenen Jahren vorfinanziert, als wir Öl und Gas aus Russland kauften. Der föderale russische Staatshaushalt, der für das Militär verantwortlich ist, speist sich zu einem großen Teil direkt und indirekt aus den Exporten von Energieträgern.

Alles, was wir jetzt in diese Richtung tun würden, würde Russlands Fähigkeit, diesen Krieg weiterzuführen, nicht signifikant einschränken. Mit Sanktionen können wir den russischen Vormarsch in der Ukraine nicht stoppen. Wir können damit nur den Druck auf das System Putin erhöhen, damit es den Krieg selber stoppt. Mittel- bis langfristig können wir durch Sanktionen außerdem die militärischen Möglichkeiten Russlands in künftig denkbaren Kriegen oder militärischen Konflikten einschränken.

5. Laut Zentralbank soll die Inflation 2022 auf 20 Prozent klettern. Manche Analysten prognostizieren Schlimmeres: Sanktionen, so heißt es, können Massenarmut hervorrufen, Menschen auf die Straße treiben und zum Umsturz animieren. Können Sanktionen in solcher Weise die Regimestabilität gefährden?

Das Kalkül hinter so einem Denkschema ist ja, dass man durch Sanktionen eine zweite Front aufmacht – eine innenpolitische. Da gibt es zwei Argumente: »Rally 'round the flag« – das Volk stellt sich hinter den Präsidenten – oder die Menschen beschuldigen die Machthaber für die wirtschaftlichen Probleme. Ich bin ein Anhänger der zweiten These. Die Erfahrung aus den Sanktionen nach der Krim-Annexion 2014 zeigen, dass es für die Machthaber opportun schien, die Wirkungen der Strafmaßnahmen kleinzureden. Putin muss aus der Position der Stärke reden, wesentliche Wirkungen von Sanktionen auf die Wirtschaft zuzugeben hieße da ein Eingeständnis von Schwäche. In der Staatspropaganda wird berichtet werden, dass die Sanktionen zwar lästig sind, aber eigentlich kein großes Problem. Vor diesem Hintergrund dürfte sich aber bei den Menschen in Russland eine Diskrepanz auftun: Das Realeinkommen fällt ja schon kontinuierlich seit 2014, 2022 droht aber noch eine weitaus höhere Inflation als bei der optimistischen Prognose der Zentralbank. Eine hohe Arbeitslosenquote ist zudem nicht mehr ganz so unwahrscheinlich wie in vergangenen Jahren. Und damit auch fortschreitende Armut. Wenn den Menschen dann im Fernsehen etwas von der Wirkungslosigkeit westlicher Sanktionen erzählt wird, könnte sie das durchaus verärgern. Im berüchtigten russischen Bild vom Kampf des Fernsehens gegen den Kühlschrank könnte die Schere noch größer werden. Dass die Menschen ihre Verarmung aber nicht mit Sanktionen in Kausalzusammenhang stellen, sondern eher mit »denen da oben« – das könnte den Effekt der »Rally 'round the flag« reduzieren und für die Machthaber langfristig zum Problem werden.

6. Oft heißt es, dass die westlichen Sanktionen vor allem die Ärmsten in Russland treffen: durch Inflation würden sie noch ärmer. Ist das so, treffen Sanktionen am Ende die Falschen?

Nein, die Sanktionen werden in erster Linie die Menschen treffen, die westliche Güter kaufen und mehr ins Ausland verreisen. Diese Menschen erfahren die höchsten Einbußen in puncto Lebensstandard. Im Gegensatz zu den vorangegangenen sanktionsbedingten Krisen kann es diesmal aber zu mehr Arbeitslosigkeit kommen: Da der Westen nun den Export von Technologiegütern größtenteils gesperrt hat, können einige russische Fabriken nicht mehr produzieren. Eine Zeit lang kann es zwar funktionieren, dass der Staat etwa die Lohnausfälle kompensiert, wie lange er das aber im großen Stil machen kann, ist fraglich. Die Sozialleistungen werden derzeit zwar erhöht, sie bringen aber wohl nur den Ärmern in kleineren Städten und Dörfern etwas. Die urbane Mittelschicht dürfte damit zu den größten Opfern

der Wirtschaftskrise werden. Dabei waren Konsum westlicher Produkte und Reisen in den Westen eine Art integraler Bestandteil des Systems Putin. Derzeit ist noch nicht klar, ob es sich von nun an nur noch auf Repressionen stützt, in der bisherigen Form ist das Modell heute allerdings nicht mehr denkbar.

7. Sanktionen würden Russland nur stärker machen, behauptet Putin. Sein Kalkül: Die Importe sollen substituiert werden, durch Autarkie (und niedrigen Rubelkurs) könne sich Russland selbst mit allem versorgen, die russische Wirtschaft könne gar international konkurrenzfähiger werden. Ist an dieser These etwas dran?

Keine Volkswirtschaft kann heute Güter auf dem Stand der Technik alleine produzieren, nicht einmal die USA. Das sieht man beispielsweise am Flugzeugbau und in der IT-Branche: Die Einzelteile und das Knowhow kommen hier aus der ganzen Welt zusammen. Ohne Spezialisierung und Arbeitsteilung auf internationaler Ebene lassen sich auch solche Dinge wie Mikrochips nicht produzieren. Das heißt: Russland kann diese Dinge gar nicht replizieren, weil es eine kleine Volkswirtschaft ist und keine Erfahrung darin hat. Vor diesem Hintergrund haben die verhängten Sanktionen zur Folge, dass Russlands Wirtschaft schlicht primitiver wird und sich mehr und mehr in Richtung Petrostaat entwickeln wird.

Seit dem 2014 proklamierten Kurs der Importsubstitution gab es in den russischen Staatsmedien häufig Erfolgsmeldungen: Russland, so hieß es, habe bei dem und dem Produkt 80, 90, 95 Prozent der Importe substituiert. Wenn aber auch nur ein Prozent des Produkts importiert werden muss, es durch Sanktionen aber nicht geht, dann wird es dieses Produkt in Russland schlicht nicht geben.

Ich bin überzeugt, dass Putin die russische Wirtschaft für viel autarker hält als sie eigentlich ist. Er unterschätzt die Abhängigkeit vom Ausland. Aus diesem Grund glaube ich, dass die russische Führung es derzeit überhaupt nicht überblickt, wie tiefgreifend die kommende Wirtschaftskrise sein wird.

Stand: 17.03.2022

Über den Autor

Janis Kluge ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Er arbeitet in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien zur wirtschaftlichen Entwicklung Russlands und den angrenzenden Nachbarstaaten, zur Innenpolitik Russlands und zu Wirtschaftssanktionen. Zuvor promovierte er an der Wirtschaftsfakultät der Universität Witten/Herdecke über politische Risiken für ausländische Investoren, die informelle Wirtschaft in Russland und die Nutzung westlicher Rechtssysteme durch russische Unternehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekode.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekoder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

CHRONIK

23. – 29. Mai 2022

23.05.2022	Das Bezirksgericht Solomjanskij in Kyjiw verurteilt den 21-jährigen russischen Soldaten Wadim Schischimarin wegen Mordes an einem ukrainischen 62-jährigen Zivilisten in der ukrainischen Region Sumy zu lebenslanger Haft. Der Kriegsverbrecherprozess ist der erste seiner Art im russischen Krieg gegen die Ukraine. Der Soldat hatte die Tat vor Gericht eingeräumt. Dmitrij Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, teilt darauf mit, man werde versuchen, ihm zu helfen und dass man »besorgt« sei um das Schicksal des Mannes.
23.05.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor geht gegen das Internetmedium »The New Times« und deren Chefredakteurin Jewgenija Albaz vor. Grund sei die Verbreitung falscher Informationen über Russlands Vorgehen in der Ukraine, teilt die staatliche Nachrichtenagentur Interfax mit, es seien mehrere Protokolle erstellt worden, eine Geldstrafe könne drohen. Schon früher war gegen das Medium eine Strafe verhängt worden.
23.05.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft sich in der südrussischen Stadt Sotschi am Schwarzen Meer knapp fünf Stunden lang mit dem belarusischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka. Putin erklärt daraufhin, Russland gehe mit den aktuellen Sanktionen souverän um. Unter anderem sei man im Handel zu nationalen Währungen übergegangen. Lukaschenka bezichtigt den Westen, die West-Ukraine abtrennen zu wollen und ähnliche Pläne auch für Belarus zu verfolgen.
23.05.2022	Polen kündigt das Erdgas-Abkommen mit Russland über die Leitung »Jamal-Europa«. Als Grund nennt die polnische Klimaministerin Anna Moskwa auf Twitter den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Anfang Mai hatte die Russische Föderation Sanktionen gegen das polnische Unternehmen »EuRoPol GAZ« verhängt, das den polnischen Teil der Pipeline betreibt. Das litauische Energieministerium teilt ebenfalls mit, dass der Import von russischem Strom gestoppt sei. Dies gelte seit dem 22. Mai 2022. Litauen strebt demnach wegen des Kriegs in der Ukraine wirtschaftliche Unabhängigkeit von Russland an.
23.05.2022	Der US-amerikanische Kaffeekonzern Starbucks zieht sich vollends aus Russland zurück und kündigt an, 2.000 Mitarbeiter:innen für sechs Monate bei der Arbeitssuche und finanziell zu unterstützen. Das Unternehmen hatte im März den Betrieb in Russland eingestellt und als Grund den Krieg in der Ukraine genannt. Starbucks betrieb zuletzt 130 Filialen in Russland. Auch der US-amerikanische Bekleidungshersteller Levi's & Strauss kündigt an, nach einem früheren Investitionsstopp vollständig Russland zu verlassen.
23.05.2022	Die deutsche »Heinrich-Böll-Stiftung« wird in Russland als »unerwünscht« erklärt. Die russische Generalstaatsanwaltschaft begründet die Entscheidung damit, dass die Nichtregierungsorganisation »eine Bedrohung« für die Ordnung und Sicherheit in Russland darstelle. Die Stiftung engagiert sich in Projekten der Zivilgesellschaft und politischen Bildung.
23.05.2022	Der Gouverneur der westrussischen Oblast Belgorod Wjatscheslaw Gladkow teilt mit, dass mehr als 130 Gebäude in den Orten Netschaewka und Shurawljowka nach ukrainischen Angriffen wieder aufgebaut werden müssten.
23.05.2022	Das Twerskoj-Gericht in Moskau weist eine Klage des Fernsehsenders »Doshd« ab. Der Sender, der als »ausländischer Agent« eingestuft worden war, hatte die Entscheidung der russischen Generalstaatsanwaltschaft angefochten, den Zugang zum Sender einzuschränken.
23.05.2022	Das russische Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadsor verschärft wegen auftretender Fälle der Affenpocken die Grenzkontrollen und teilt mit, dass in Russland jedoch noch keine Fälle bekannt geworden seien.
23.05.2022	Russland zieht seine Bewerbung für die Ausstellung »Expo 2030« in Moskau zurück. Als Grund teilt das russische Außenministerium mit, dass man derzeit nicht mit einem fairen Wettbewerb rechne.
23.05.2022	Der stellvertretende russische Außenminister Andrej Rudenko teilt mit, Russland werde weiter mit der Ukraine verhandeln, sobald diese auf die von Russland vorgelegten Schreiben »konstruktiv« reagiere. Der Kreml und die ukrainische Regierung werfen einander vor, Verhandlungen zur Lage in der Ukraine zu sabotieren.
23.05.2022	Die Zahlungsausfälle in der russischen Wirtschaft bleiben trotz der sich verschlechternden Marktbedingungen auf dem Niveau von 2021. Das teilt die staatliche Nachrichtenagentur Interfax mit und beruft sich auf Daten des Programms »Spark-Interfax«.
23.05.2022	Der russische Diplomat am UN-Sitz in Genf, Boris Bondarew, tritt zurück und begründet dies mit Russlands Krieg in der Ukraine und dass er sich für sein Land »schäme«. Dmitrij Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, teilt am Tag darauf mit, Bondarew sei jetzt »nicht mehr für uns, sondern gegen uns«.

24.05.2022	Um den Rubelkurs zu stabilisieren, legt das russische Finanzministerium fest, dass die Höhe des verpflichtenden Verkaufs von Deviseneinnahmen durch russische Exporteure von 80 Prozent auf 50 Prozent gesenkt wird. Die USA erklären eine Sonderregelung für ungültig, wonach Moskau Auslandsschulden US-amerikanischer Investoren mit in Russland gehaltenen Mitteln zahlen kann. Russland erklärt am Tag darauf, seine Auslandsschulden künftig in Rubel begleichen zu wollen. Zahlungen würden »in der russischen Landeswährung getätigt«, erklärt das Finanzministerium per Telegram. Grund dafür sei, dass die USA eine entsprechende Ausnahmeregelung zur Schuldenbegleichung gestrichen hätten. Das mache es »unmöglich, die Staatsschulden weiter in Dollar zu begleichen«.
24.05.2022	Der inhaftierte russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj scheitert mit einem Berufungersuchen gegen seine Haftstrafe und wird in eine Strafkolonie mit verschärften Haftbedingungen verlegt. Nawalnyj war im März wegen des Vorwurfs der Veruntreuung sowie Missachtung des Gerichts zu neun Jahren Haft verurteilt worden.
24.05.2022	Russland verschärft die Offensive in der Ostukraine und greift unter anderem erneut das Gebiet um die Zwillingstädte Sjewjerodonezk und Lysytschansk im Donbass an und erobert die Kleinstadt Switlodarsk.
24.05.2022	Russland verhängt ein Einreiseverbot gegen 154 Mitglieder des britischen Oberhauses. Betroffen ist unter anderem der frühere britische Außenminister William Hague. Laut Außenministerium in Moskau ist dies eine Reaktion auf die Entscheidung der britischen Regierung vom März, fast alle Mitglieder des Föderationsrates, des russischen Oberhauses, mit Sanktionen zu belegen.
24.05.2022	Der russische Bildungsminister Walerij Falkow teilt mit, dass Russland ein neues Bildungssystem bekomme und das Bologna-System mit Bachelor- und Master-Abschlüssen schrittweise abschaffen werde. Dies diene den nationalen Wirtschaftsinteressen sowie denen der Studierenden. Der Internetplattform Yandex zufolge ist der Änderungsprozess bereits Thema in der Duma und alle Fraktionen hätten zugestimmt.
25.05.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt angesichts von steigenden Lebenshaltungskosten eine Steigerung des Mindestlohns in Russland um 10 Prozent auf 15.278 Rubel im Monat (etwa 229 Euro) an.
25.05.2022	Moskau stellt die Durchsetzung von Bußgeldern ein, die bei Verstößen gegen Regeln zur Bekämpfung von Covid-19 verhängt werden. Das kündigt Bürgermeister Sergej Sobjanin an. Das geschehe, um sinkende Einkommen angesichts steigender Inflation und wirtschaftlicher Folgen des russischen Vorgehens in der Ukraine zu stützen.
25.05.2022	Der Krieg in der Ukraine hat für russische Oligarchen laut der Deutschen Presse-Agentur erhebliche finanzielle Folgen. Demnach sei inzwischen entsprechendes Vermögen im Wert von zehn Milliarden Euro in der Europäischen Union eingefroren worden.
25.05.2022	Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, wonach Menschen in den südukrainischen Gebieten Cherson und Saporischschja im Schnellverfahren russische Pässe beantragen können. Diese Praxis war zuvor auch in den ostukrainischen, prorussischen selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk umgesetzt worden.
25.05.2022	Drei Monate nach Kriegsbeginn ordnet der russische Präsident Wladimir Putin einen höheren Wehrsold für in der Ukraine kämpfende russische Soldaten an. Am selben Tag besucht er erstmals Soldaten, die im Krieg gegen die Ukraine verwundet wurden.
25.05.2022	Der Gouverneur der russischen Grenzregion Belgorod Wjatscheslaw Gladkow wirft der Ukraine erneut Beschuss vor. Im Dorf Shurawljowka sei ein Mann verletzt worden, schreibt er im Nachrichtendienst Telegram.
25.05.2022	Wladimir Putin ernennt den früheren Geheimdienstoffizier Alexandr Kurenkow zum neuen Minister für Zivilschutz. Kurenkow war zuletzt unter anderem stellvertretender Direktor der Nationalgarde »Rosgwardia«.
25.05.2022	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass der Hafen von Mariupol wieder normal arbeite – zivile Schiffe steuerten den Hafen wieder an, die Gefahr durch Seeminen sei gebannt.
26.05.2022	115 russische Nationalgardisten im Nordkaukasus verweigern den Einsatz im Krieg gegen die Ukraine und kehren in ihre Kasernen zurück. Darauf werden ihre Verträge gekündigt. Im südrussischen Gebiet Krasnodar verlieren auf ähnliche Weise 15 Angehörige der Sonder-Polizeinheit »OMON« ihre Arbeit. Sie hatten sich nach einer Übung auf der durch Russland von der Ukraine annektierten Halbinsel Krim gegen Einsätze im Krieg gegen die Ukraine geweigert.
26.05.2022	Die Russische Notenbank senkt erneut deutlich den Leitzins. Die Lockerung erfolgt trotz der anhaltenden Sanktionen gegen das Land. Der Leitzins werde um 3,0 Prozentpunkte auf 11,0 Prozent reduziert, teilt die Bank in Moskau mit. Ende Februar hatte die Notenbank den Leitzins drastisch um 10,5 Punkte auf 20 Prozent angehoben. Sie reagierte damit auf die Sanktionen des Westens, die nach dem Beginn des Kriegs gegen die Ukraine beschlossen wurden.
26.05.2022	Der russische Vize-Ministerpräsident Alexandr Nowak teilt mit, dass für 2022 mit einem Rückgang der Ölproduktion um 8,4 Prozent gerechnet wird. Nach 524 Millionen Tonnen im Jahr 2021 würden 2022 480 bis 500 Millionen Tonnen produziert werden.

26.05.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin fordert erneut die Aufhebung westlicher Sanktionen. Bei einem Telefonat mit dem italienischen Regierungschef Mario Draghi sagt er, dass Russland im Austausch dafür bereit sei, dazu beizutragen, die Lebensmittelkrise zu überwinden. Kurz zuvor hatte auch Kremlsprecher Dmitrij Peskow so argumentiert. Russland und die Ukraine sind große Getreideexporteure mit einer wichtigen Rolle für die Welternährung. Die Ukraine hatte Russland Erpressung vorgeworfen und angegeben, Russland blockiere den Export durch die Schwarzmeer-Häfen mit Minen und Kriegsschiffen.
26.05.2022	Der Gouverneur der westrussischen Oblast Kursk Roman Starowoit wirft der Ukraine Angriffe vor. Ein Mann sei im Dorf Woroshba verletzt, mehrere Gebäude beschädigt worden. Am Tag darauf teilt der Gouverneur der westrussischen Oblast Belgorod Wjatscheslaw Gladkow mit, dass eine Frau infolge von ukrainischen Angriffen in der Oblast getötet worden sei.
26.05.2022	Der russische Außenminister Sergej Lawrow lehnt einen von Italien vorgelegten Friedensplan für die Ukraine ab. Zuvor hatte sein Stellvertreter Andrej Rudenko mitgeteilt, der Vorschlag werde geprüft. Unterdessen entzieht Italien dem russischen Ministerpräsidenten Michail Mischustin und drei weiteren hochrangigen Politikern ihre Ehrentitel, die diese 2020 erhalten hatten. Sie verdienen sie nicht mehr, teilt der italienische Präsident Sergio Mattarella mit.
27.05.2022	Russland weist fünf Mitarbeiter der kroatischen Botschaft in Moskau aus. Das russische Außenministerium teilt mit, dass fünf Mitarbeitende zu Personae non gratae erklärt worden seien und erklärt dies damit, dass Kroatien zuvor russische Diplomaten ausgewiesen und Russland der Kriegsverbrechen in der Ukraine beschuldigt habe.
27.05.2022	Russlands Zentralbank erlaubt russischen Bürgern den Kauf von Aktien von Unternehmen aus Ländern, die als »freundlich« eingestuft werden. Voraussetzung sei, dass die Transaktionen in Rubel stattfänden oder in der Währung des jeweiligen Landes, teilt die Notenbank mit. Russland bezeichnet üblicherweise Länder dann als »unfreundlich«, wenn sie Sanktionen verhängt haben.
27.05.2022	Die Slowakei verringert ihre Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen. Das geben der slowakische Ministerpräsident Eduard Heger und Wirtschaftsminister Richard Sulik bekannt. Dafür will das Land ab Juni 2022 eine mit EU-Förderungen gebaute Leitung nutzen, um Gas aus Norwegen und Übersee zu beziehen; außerdem soll Flüssiggas mittels Tankern über die Ostsee und Polen in die Slowakei kommen.
27.05.2022	Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow bestätigt russische Angriffe auf die ostukrainischen Gebiete Charkiw und Luhansk. Am Folgetag melden ukrainische Behörden, dass in eingenommenen Gebieten wie Cherson die Moskauer Zeit und Schullehrpläne eingeführt sowie russische Nachrichten ausgestrahlt würden.
27.05.2022	Dmitrij Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, macht die Ukraine wegen unklarer Aussagen für die stockenden Friedensverhandlungen verantwortlich.
27.05.2022	Der russische Landwirtschaftsminister Dmitrij Patruschew teilt mit, dass Russland seine Getreideexporte deutlich steigern werde. In diesem Getreidejahr habe Russland mehr als 35 Millionen Tonnen ausgeführt, darunter 28,5 Millionen Tonnen Weizen, sagt er auf einer Getreidemesse. Bis Ende des Getreidejahrs Ende Juni 2022 werde das Volumen 37 Millionen Tonnen übersteigen. Im kommenden Getreidejahr auf 50 Millionen Tonnen wachsen.
27.05.2022	In der ostrussischen Region Primorje kritisieren Abgeordnete der Kommunistischen Partei KPRF öffentlich den russischen Militäreinsatz in der Ukraine. Leonid Wasjukewitsch und Gennadij Tschulga fordern während einer Sitzung des Regionalparlaments ein Ende der Offensive und verlieren darauf ihr Stimmrecht für den Sitzungstag. Es ist das erste Mal, dass sich Abgeordnete der Kommunistischen Partei öffentlich derart äußern.
28.05.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin, der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz und der französische Präsident Emmanuel Macron führen ein etwa 80-minütiges Telefonat zur Situation der Ukraine. Putin warnt vor der Lieferung schwerer Waffen aus dem Westen an die Ukraine, da dieses die Lage weiter destabilisieren könne. Er stellt erneut in Aussicht, die Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine zu ermöglichen. Dafür müssten Sanktionen gelockert werden. Scholz und Macron drängen Putin zu einem sofortigen Kriegsende. Am Tag zuvor hatte bereits der russische Außenminister Sergej Lawrow den Westen davor gewarnt, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Unterdessen fordert der im Exil lebende Oppositionelle Michail Chodorkowskij eine solche Lieferung.
28.05.2022	Russland meldet die Einnahme der strategisch als wichtig geltenden Kleinstadt Lyman im Osten der Ukraine. Zuvor hatten prorussische Separatisten die Eroberung verkündet. Unterdessen geht der russische Vormarsch in der Stadt Sjewjerodonezk weiter. Die Stadt in der Ostukraine ist die bislang letzte noch nicht von den russischen Streitkräften besetzte Stadt in der Oblast Luhansk.
28.05.2022	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass ein Hyperschallmarschflugkörper erfolgreich getestet worden und von der Barentssee in das etwa 1.000 Kilometer entfernte Weiße Meer geflogen sei.

28.05.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, wonach die Altersobergrenze für Soldaten aufgehoben wird. Zuvor hatten das russische Parlament und der Föderationsrat das Gesetz gebilligt. Männer und Frauen dürfen nun auch älter als 40 Jahre sein, wenn sie sich vertraglich für den Dienst in der Armee verpflichten.
28.05.2022	Der russische Finanzminister Anton Siluanow teilt im russischen Staatsfernsehen mit, Russland erwarte in diesem Jahr Mehr-Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport in Höhe von bis zu einer Billion Rubel (etwa 13,7 Milliarden Euro). Die Regierung wolle die zusätzlichen Gelder unter anderem für den – in Russland »Spezialoperation« genannten – Krieg in der Ukraine verwenden, aber auch für Renten. Russland erzielt derzeit wegen des sehr hohen Gaspreises Rekordeinnahmen.
29.05.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und der serbische Präsident Aleksandar Vučić telefonieren zum Thema Energielieferungen. Demnach erhält Serbien statt für weitere Monate nun drei Jahre lang weiter russisches Gas. Nach Belarus erhält Serbien von Russland europaweit den zweitniedrigsten Gaspreis.
29.05.2022	Der russische Botschafter in London Andrei Kelin streitet ab, dass Angehörige der russischen Streitkräfte im ukrainischen Dorf Butscha nahe der Hauptstadt Kyjiw Menschen getötet haben. Dort sei »nichts passiert, keine Leichen auf den Straßen. Unserer Ansicht nach ist das eine Erfindung«, sagt er. In dem Vorort waren nach Abzug der russischen Armee im April 2022 Hunderte Leichen gefunden worden.
29.05.2022	Der Präsident der orthodox geprägten Konferenz der Europäischen Rabbiner, Moskaus Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, verurteilt den Krieg in der Ukraine als eine »Katastrophe für uns alle«.
29.05.2022	Die russische Nachrichtenagentur »Tass« meldet, dass die russische Armee ein großes Arsenal der ukrainischen Armee im südukrainischen Krywyj Rih zerstört habe. Wenige Tage zuvor meldete das russische Verteidigungsministerium einen ähnlichen Beschuss im Donbass.
29.05.2022	Weil der Sohn der britischen Parlamentsabgeordneten und Ex-Ministerin Helen Grant in der Ukraine gegen das russische Militär kämpft, ermittelt die Moskauer Justiz gegen Ben Grant. Er soll mit einer Gruppe westlicher Söldner russische Militärtechnik in der Ukraine attackiert haben. In Russland kann Söldnertum mit bis zu sieben Jahren Gefängnis geahndet werden.
29.05.2022	Die russische zivile Luftfahrtbehörde »Rosawiazija« teilt mit, dass wegen des Kriegs in der Ukraine die Flugverbote im Süden des Landes erneut verlängert werden. Elf Flughäfen bleiben bis zum 6. Juni 2022 gesperrt. Es ist die 16. Verlängerung der Flugverbote. Wenige Tage zuvor war die 15. Verlängerung mitgeteilt worden. Betroffen sind unter anderem die Millionenstädte Rostow-am-Don, Woronesch und Krasnodar sowie die Schwarzmeer-Kurorte Anapa und Gelendschik und die westrussischen Städte Belgorod und Brjansk.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Clara Lipkowski

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Florian Kübler
Chronik: Clara Lipkowski
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götze, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

🐦 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>